

Südbayer Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Südbayer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 188.

Montag, den 13. August 1917.

24. Jahrg.

Gärung und Kriegsheke in Spanien.

Von Heinrich Cunow.

Schon seit einigen Wochen verkünden französische Blätter den baldigen Ausbruch einer spanisch-republikanischen Revolution, und vor ungefähr zehn Tagen meldeten denn auch einige deutsche Blätter, die ihre auf Spanien bezüglichen Nachrichten kritisch französisch und englischen Zeitungsmeldungen entnehmen, daß nun die revolutionäre Bewegung in Katalonien und im ehemaligen Königreich Valencia die Oberhand erlangt habe. Die gewaltsame Auflösung des von den republikanischen Regionalisten (katalonischen Partikularisten) und den Sozialisten nach Barcelona einberufenen Sonderparlamentes durch den Ministerpräsidenten Dato habe die Katalonier zum schärfsten Widerstande gereizt. Der Bürgermeister von Barcelona habe schon seinen Abschied gefordert. Und noch schlimmer sähe es in Valencia aus, wo die allgemeine Gärung bereits zu einem großen Generalstreik der Eisenbahnangestellten und zum Eingreifen der Militär-gewalt geführt habe. Die Dynastie in Spanien stehe vor ihrem Sturz usw.

Die seitdem eingelaufenen Nachrichten zeigen, daß diese Meldungen übertrieben waren. Die französischen Blätter haben wieder, wie schon so oft, ihre politischen Herzenswünsche für Tatsachen genommen. Soweit ist die Gärung in Spanien noch nicht gediehen. Andererseits ist es ebenso unrichtig, wenn von spanisch-offizieller Seite versichert wird, die Vorgänge in Katalonien und Valencia hätten nur eine lokale Bedeutung, die zu ernstlichen Besorgnissen keinen Anlaß böte. Spanien befindet sich schon seit mehreren Monaten in äußerst kritischer Lage, deren Spannung sich in letzter Zeit, seit dem Rücktritt des früheren liberalen Ministerpräsidenten Garcia Prieto und der Übernahme der Regierung durch den gemäßigt-konservativen Parteiführer Edward Dato, mehr und mehr verschärft hat. Neutralisten und Anhänger der Entente, die von französischen Werbeagenturen reichlich mit Geldmitteln unterstützt werden, stehen sich kampfbereit gegenüber und führen in ihren Blättern einen heftigen Kampf. Und zu dieser Parteinahme für und gegen die Mächtekoalition des Weltkrieges haben sich, wie in solchen Zeiten der Erregung gewöhnlich der Fall ist, allerhand innere Streitfragen gestellt: der Gegensatz zwischen den politischen Parteien, zwischen Monarchisten und Republikanern, zwischen den verschiedenen durch Sprache, Kultur und Wirtschaftsentwicklung getrennten, aufeinander eifersüchtigen Landesteilen, zwischen den Offizierskorps der verschiedenen Armeekorpsformationen usw. Zwar hält das Ministerium Dato trotz aller Drohungen und Versprechungen Englands, das Spanien für den Fall seines Beitritts zur Entente nicht nur Kamerun und das westafrikanische Küstengebiet nördlich von Rio de Oro gegenüber den kanarischen Inseln, sondern sogar Gibraltar angeboten haben soll, an der Neutralität fest; aber es hat hinter sich weder eine parlamentarische Mehrheit, noch einen breiten, festeren Anhang im Volke.

Datos eigene Partei, die konservative, ist gespalten. Der größere Teil folgt der Führung Mauras, der, wenn er auch im ganzen die konservative Auffassung Datos teilt, doch in der äußeren Politik seine besonderen Wege geht. Früher ein Freund Frankreichs, der wiederholt die Ansicht ausgesprochen hat, Spaniens natürliche Lage verlange eine Annäherung an Frankreich und England, hat er im Laufe des Krieges sich mehr und mehr der Ansicht angeschlossen, daß ein völliger Sieg der Entente für Spaniens Zukunft einen schweren Schlag bedeuten würde. Wohl ist er noch in gleichem Maße wie früher für französische Bildung eingenommen: unter allen europäischen Ländern hat Frankreich seine größten Sympathien; aber er befürchtet, daß, wenn der Weltkrieg mit einem ausgesprochenen Siege der Ententemächte endet, die völlige Unterjochung ganz Nordwestafrikas durch Frankreich bald folgen werde, bis auf Ceuta und dessen Umgebung, das voraussichtlich England einstecken werde. Dadurch aber würde England völlig die Verfügung über den Eingang vom Atlantischen Ozean ins Mitteländische Meer, über die Straße von Gibraltar, erlangen und somit nach dem Kriege noch mehr als bisher in der Lage sein, seine diktatorische Seeherrschaft über das Mittelmeer auszuüben. Ein Ergebnis, das in schärfstem Gegensatz zu Mauras nationalstaatlicher Politik steht, die darauf gerichtet ist, Nordmarokko und Gibraltar in spanischen Besitz zu bringen und Spanien eine stärkere Seemachtstellung im westlichen Teil des Mitteländischen Meeres zu verschaffen.

Dieser Gegensatz Mauras gegen England ist noch geblieben, seit die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sich der Entente angeschlossen hat. Mauras vermag der nordamerikanischen Union den Raub Kubas nicht zu verzeihen. Er ist ein entschiedener Gegner der nordamerikanischen Bestrebungen, den Einfluß des Yankee-Kapitals immer weiter über Mittel- und Südamerika auszudehnen und diese dadurch von der großen Republik des Nordens abhängig zu machen. Was er erstrebt, ist im Gegenteil eine engere Verbindung der ehemaligen spanischen Kolonien Amerikas mit dem Mutterlande.

Auf diesen Wegen einer auswärtigen nationalstaatlichen Politik vertritt Dato seinen Kavalier Mauras nicht zu folgen.

Datos Bestreben ist vor allem darauf gerichtet, Spanien die innere Ruhe zu sichern, um ihm Gelegenheit zu geben, seine eigene innere Wirtschaft auszubauen.

Außer auf die konservative Gruppe Mauras kann Dato, soweit die Aufrechterhaltung der Neutralität in Betracht kommt, noch auf die liberale Gruppe Garcia Prietos zählen, die durch einzelne Abspaltungen aus der linksliberalen Partei des Grafen Romanos eine gewisse Verstärkung erhalten hat. Doch gilt diese Unterstützung nur bezüglich der Bewahrung der Neutralität; in bezug auf die inneren Verwaltungsfragen nimmt diese Gruppe größtenteils eine ganz andere Stellung ein, als Datos politische Gesellschaft.

Die Lage des Datoschen Kabinetts ist daher eine höchst unsichere, um so mehr als sich seit der Entlassung des früheren Ministerpräsidenten Romanos, dessen immer noch starker liberaler Anhang zusammen mit den republikanischen Parteien, den Sozialisten unter Pablo Iglesias und den Anarchisten in einen heftigen Agitationsfeldzug gegen die jetzige Regierung gestürzt hat und Spanien mit allen Mitteln, gesetzlichen und ungesetzlichen, in das Lager der Entente zu treiben sucht.

Die Heke gegen Deutschland und seine Verbündeten hat in Spanien schon gleich nach dem Kriege eingesetzt, beschränkte sich zunächst aber im wesentlichen auf die Republikaner oder eigentlich den linken Flügel der Republikaner, die Parteirichtung des Alexander Lerroux, eines früheren individualistischen Anarchisten. Seit Spaniens Handelsverkehr aber unter Ausfuhrverboten und unter dem Interseebotskrieg beträchtlich leidet und die Preise der Lebensmittel mehr und mehr gestiegen sind, hat die Agitation für den Anschluß an die Entente auch in den Kreisen der liberalen Bourgeoisie, der Beamten- und Arbeiterklasse Eingang gefunden und nicht zu unterschätzende Erfolge erzielt. Das ist begreiflich. Die Handels- und Industriebourgeoisie, die in den ersten anderthalb Jahren des Krieges große Profite erzielt hat, jammert über den Rückgang ihrer schönen Gewinne; die Beamtenklasse, die in Spanien überhaupt schlecht bezahlt wird und keine Teuerungszulage erhalten hat, während die Lebensmittelpreise beträchtlich in die Höhe gegangen sind, beklagt sich über Vernachlässigung durch die Regierung, und die Arbeiterschaft, die teilweise durch die Geschäftskodung arbeitslos geworden ist, soweit sie aber arbeitet, sehr unter dem Steigen der Preise leidet, mit dem die Löhne nicht gleichen Schritt gehalten haben, greift zu Arbeitseinstellungen und lokalen Revolten.

Eine solche, die verschiedenartigsten Volkstriebe aufregende und erbitternde Unzufriedenheit ist ein günstiger Agitationsboden für die Kriegstreiber der Ententefreunde und der von Frankreich und England unterhaltenen Werbevereinigungen, die mit großen Geldmitteln arbeiten, die geübten Teile der spanischen Presse reichlich mit Sekundärmaterial versorgen und auch selbst eine Reihe eigener Blätter gegründet haben. An der Spitze dieser Werbeagenturen für den Anschluß Spaniens an die Entente steht das „Comitee international de propagande“ (Internationales Agitationsbureau) und die Unterabteilungen des „Comitee catholique de propaganda française a l'Étranger“ (Katholischer Ausschuss für französische Agitation im Ausland) unter Leitung des Monseigneurs Baudrillart. Sie entfalten eine geradezu erstaunliche Heftigkeit; denn neben der Beeinflussung der Presse werfen sie Riesenaufgaben sogenannter „Dokumente“ und „Informationen“ ins Volk, d. h. Schriften, die die verlogensten „Enthüllungen“ über das Gend und den sozialen und politischen Zustände, die sittliche Verkommenheit des deutschen Volkes, die Gräuelt der deutschen Truppen in Belgien und Frankreich bringen. Daneben werden Vorträge und Demonstrationsversammlungen inszeniert.

Alle Mittel müssen herhalten, um den Haß gegen die Mittelmächte, vornehmlich aber gegen Deutschland, zu schüren und die neutrale spanische Regierung zu stürzen. Selbst die Streitigkeiten und Eifersüchteleien unter den Offiziersvereinigungen werden ausgenutzt. Besonders sucht man, indem man die Schuld über die Lage Spaniens auf die Dynastie schiebt oder die zwischen den Bevölkerungen der einzelnen früheren Königreiche bestehenden alten Gegensätze ausbeutet, die republikanischen und partikularistischen Elemente einzufangen. Vornehmlich in Katalonien, dem industriellen Teil Spaniens, der immer mit Frankreich sympathisiert und gegen die Kastilier einen nationalen Haß genährt hat, ferner in Valencia und Murcia, teilweise auch in den baskischen Provinzen.

So ist eine Gärung in Spanien entstanden, die, wenn auch die französischen Nachrichten über den Ausbruch einer Revolution nicht zutreffen, doch in Katalonien zu ernstlichen Umsturzversuchen zu führen vermag. Unrichtig ist aber, diese Bewegung lediglich nach ihren Schlagworten „Republik“, „Selbständigkeit Kataloniens“, „Dezentralismus“ usw. zu beurteilen. Was hinter diesen Aushängeschildern steckt, ist die Kriegstreiberi gegen die Mittelmächte.

Enthüllungen des Herrn Gerard.

Der frühere amerikanische Botschafter, Herr Gerard, veröffentlicht in der amerikanischen Presse seine Erinnerungen und behauptet, das nachstehende Schreiben vom Kaiser zur Ueberrmittlung an Wilson erhalten zu haben:

„1. Prinz Heinrich wurde vom König Georg V. empfangen, der ihm mündlich auftrug, mir zu sagen, daß England neutral bleibe im Falle, daß ein Krieg auf dem Kontinent zwischen Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn ausbrechen sollte. Diese Botschaft wurde mir durch meinen Bruder von London nach seinem Gespräche mit dem König telegraphiert und wurde mir am 29. Juli mündlich wiederholt.“

2. Mein Botschafter in London teilte die von Sir Edward Grey nach Berlin gesandte Botschaft mit, welche besagt, daß England nur eingreifen würde, wenn Frankreich vernichtet würde.“

3. Mein Botschafter in London meldete am 30. Juli, daß ihm Sir E. Grey im Verlaufe einer besonderen Unterredung erklärt habe, daß, wenn der Konflikt auf Rußland (nicht Serbien) und Oesterreich beschränkt bleibe, sich England nicht rühren würde. Doch wenn wir uns in den Krieg einmischen würden, würde es einen schnellen Entschluß fassen und weittragende Maßnahmen treffen, d. h. wenn ich das mir verbündete Oesterreich sich allein schlagen ließe, würde England mich ruhig lassen.“

4. Da diese Mitteilung vollständig der Botschaft zuwiderlief, welche mir der König mitgeteilt hatte, telegraphierte ich S. M. am 20. oder am 30. Juli dies, danke ihm für die von meinem Bruder überbrachte lebenswürdige Botschaft, und bat ihn, seinen ganzen Einfluß zu verwenden, um zu verhindern, daß Frankreich und Rußland Kriegsvorbereitungen treffen, welche mich in meinen Vermittlungsanstrengungen verhindern haben würden. Ich fügte hinzu, daß ich mit dem Zaren in ständiger Verbindung stehe. Der König antwortete mir im Laufe des Abends in lebenswürdiger Weise, daß er seiner Regierung die Weisung gegeben habe, ihren ganzen Einfluß auf ihre Alliierten auszuüben, um zu verhindern, daß sie irgendwelche provokierenden militärischen Maßnahmen treffen. S. M. fragte mich gleichzeitig an, ob ich die Ueberrmittlung des englischen Vorschlages nach Wien, nach welchem Oesterreich Belgrad und einige andere serbische

Städte beschlagnahmen sollte, annehme. Außerdem sollte Oesterreich sich in den Besitz eines Terraintreifens als Faustpfand setzen, um eine Garantie für die andern schriftlich niedergelegten serbischen Versprechen zu haben. Dieser nämliche Vorschlag wurde mir im gleichen Moment von Wien für London telegraphiert in vollständiger Uebereinstimmung mit dem englischen Vorschlage. Außerdem hatte ich die Mitteilung dem Zaren von mir aus telegraphiert, bevor ich sie von London oder Wien erhalten hatte.“

5. Ich übermittelte sofort die Telegramme vice versa Wien und London. Ich fürchte, daß ich so die Ereignisse verzögern konnte und ich freute mich in der Vorausicht, daß die Frage friedlich geregelt werden könnte.“

6. Während ich am folgenden Tage die Note an den Zaren vorbereitete und ihn benachrichtigen wollte, daß Wien, London und Berlin sich über die einzuschlagenden Schritte verständigt hätten, telephonierte mir der Kanzler, daß der Zar die vorübergehende Nacht die vollständige Mobilisation der russischen Armee befohlen hatte, was natürlich gegen Deutschland gerichtet war, weil bis dahin die Armeen des Südens gegen Oesterreich mobilisiert worden waren.“

7. Mein Botschafter in London benachrichtigte mich telegraphisch, daß er zu wissen glaube, daß die englische Regierung die Neutralität Frankreichs garantiere und er zu erfahren wünsche, ob sich Deutschland jedes Angriffes enthalten würde. Ich telegraphierte persönlich dem Könige, daß die Mobilisation nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, da sie schon angeordnet worden sei, doch wenn S. M. die Neutralität Frankreichs mit seinen Streitkräften garantieren könne, würde ich auf den Angriff auf Frankreich verzichten und es beiseite lassen. Meine Truppen würde ich sonstwo verwenden. S. M. antwortete mir, daß sie glaube, daß mein Vorschlag auf ein Mißverständnis begründet sei, und soviel ich weiß, hat Sir E. Grey mein Anerbieten nie ernst genommen. Er gab weiter keine Antwort und erklärte stattdessen, daß England die Neutralität Belgiens verteidigen müsse, die Deutschland aus strategischen Gründen verletzen müßte, weil man schon benachrichtigt worden war, daß Frankreich Vorbereitungen treffe, um in Belgien einzumarschieren, und weil der König von Belgien mein Gehör um freien

Durchgang zurückgewiesen hatte, obwohl ich die Unabhängigkeit meines Landes garantierte. Ich bin dem Präsidenten für seine Bereitschaft sehr dankbar.

(gez.) Wilhelm I. R.

Wie der „Berl. Lokalanz.“ mitteilt, werden die amtlichen Stellen sich zu der Sache äußern.

Henderson tritt zurück.

Die Entschliessung der englischen Arbeiter für die Teilnahme an Stockholm hat zu einer wüsten Heze der jingolischen Presse Englands gegen Henderson und zu einem nach Lage der Sache kaum zu vermeidenden Bruch Hendersons mit der Regierung geführt. Henderson ist aus der Regierung ausgetreten. Damit hat Henderson und die englische Arbeiterpartei die Hand frei bekommen.

Der auf den Rücktritt Hendersons bezügliche Briefwechsel zwischen Lloyd George und Henderson wird jetzt von Reuters veröffentlicht. Mit einer Einseitigkeit sondergleichen ist nur der Brief Lloyd Georges mit seinen schweren Vorwürfen gegen Henderson im Wortlaut wiedergegeben, während Hendersons Erwiderung von Reuters kaum angedeutet wird. Es geht aus dieser Reutersveröffentlichung hervor, daß Lloyd George Henderson vorwirft, er habe die Konferenz der englischen Arbeiterpartei über die Ansicht der russischen Regierung in Hinsicht auf die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz getäuscht; denn Kerenski stand einer Beteiligung in Stockholm durchaus anders gegenüber als die frühere russische Regierung, und die Versammlung der englischen Arbeiterpartei hätte, so deutet Lloyd George an, sicher eine andere Entschliessung gefasst, wenn sie nicht von Henderson in den Glauben verlehrt worden wäre, daß die Haltung der russischen Regierung eine Beteiligung auch der Engländer an der Stockholmer Konferenz nötig mache.

In dem von Reuters verbreiteten Brief von Lloyd George an Henderson heißt es u. a.:

„Die Haltung, die Sie (Henderson) gestern mittag auf der Arbeiterkonferenz eingenommen haben, hat Ihre Amtsgenossen im englischen Ministerium übermüdet. Sie (Henderson) wissen, daß Ihre Amtsgenossen unter den heutigen Umständen einstimmig gegen die Konferenz von Stockholm sind, und sie waren sogar bereit, in einer Bekanntmachung in diesem Sinne sich einander zu erklären. Ich stand nach verschiedenen Gesprächen mit Ihnen unter dem Eindruck, daß Sie Ihren Einfluß anwenden wollten gegen eine Begegnung mit feindlichen Vertretern in Stockholm.“

Was in den letzten Wochen in Russland sich ereignete, hat einen einflussreichen Einfluß auf die Lage hinsichtlich der Konferenz in Stockholm gehabt. Sie (Henderson) haben mir gegenüber zugegeben, daß, welche Gründe auch nur vierzehn Tagen für die Abgeordneten aus den alliierten Ländern bestanden haben mögen, um der Stockholmer Konferenz beizutreten, jetzt die Ereignisse in den allerletzten Tagen Ihnen das Uratium eines solchen Verhaltens der Dinge gezeigt hätten. Das war rund herausgesagt das, was Sie mir vorgelegt haben. Es war auf der Grundlage, daß Ihre Amtsgenossen im Kabinett einschließlich Ihrer Arbeiteramtsgenossen im Ministerium teilten.

Infolgedessen war meine Ueberzeugung nicht gering, als ich gestern mittag einen Brief von Ihnen empfing, in dem stand, daß Sie sich verpflichtet fühlen, mich davon zu verständigen, daß Sie nach eingehender Ueberlegung zu dem Schluß gekommen seien, daß Ihnen nichts anderes übrig bleibe, als bei dem Vorschlage, den Sie am Tage nach Ihrer Rückkehr aus Russland gemacht haben, zu beharren. Ungeachtet dessen war das eine Schlußfolgerung, von der Sie das Kabinett hätten unterrichten müssen, bevor Sie zu der Konferenz der Arbeiterpartei gingen.

Der zweite Punkt ist der: Gestern abend erhielten wir eine außerordentlich wichtige Mitteilung der russischen Regierung, worin die russische Regierung uns mitteilt, daß sie es zwar nicht für möglich halte, die russischen Abgeordneten zu verhindern, sich an der Konferenz in Stockholm zu beteiligen. Sie (die russische Regierung) betrachte die Konferenz aber als eine Parteianglegenheit, und sie betrachte Beschlüsse dieser Konferenz keineswegs als bindend für die Bewegungsfreiheit der Regierung. Ferner enthält der Teil, der diese Mitteilung der russischen Regierung begleitete, die folgenden Worte: „Ich besitze mich obige Mitteilung zu Ihrer Kenntnis zu bringen, da ich fürchte, daß der Eindruck, den Sie jetzt bekunden, nämlich der Eindruck, daß die Russen nach der Konferenz in Stockholm gehen (um das Wort einer Londoner Zeitung zu gebrauchen) und da ich fürchte, daß dieser Eindruck in den Vordergrund gezogen wird, um Einfluß auszuüben auf die öffentliche Meinung zugunsten einer Teilnahme auch der englischen Arbeiter- und Sozialisten-Partei an der Stockholmer Konferenz.“

(Aus gleichzeitig gebrachten Meldungen englischer Blätter geht hervor, daß dieser begleitende Brief von Kerenski geschrieben ist.)

Der Brief Lloyd Georges fährt fort:

„Unmittelbar nach Empfang dieser russischen Mitteilung habe ich Sie weitergeleitet mit dem Ersuchen, daß Sie diese Mitteilung der Arbeiterkonferenz mitteilen sollten. Sie unterliegen dies. Allerdings haben Sie in dem Verlauf Ihrer Rede Andeutungen gemacht über „einige Veränderungen“ in der Haltung der russischen Regierung; aber es besteht ein himmelweiter Unterschied zwischen der Wirkung, die notwendig auf jede Zuhörerhaft ausgeübt worden wäre, durch eine richtige Inhaltsangabe dieser russischen Mitteilung und durch die Mitteilung der unvollständigen Information, aus der sich ergibt, daß die Haltung der russischen Regierung im Hinblick auf die Stockholmer Konferenz von Grund auf vertrieben ist von der Haltung, die man ihr unterzöge.“

Unter diesen Umständen erscheint mir Ihr Verhalten nicht in Ordnung gewesen zu sein, und das weder gegenüber der Regierung, noch gegenüber den Abgeordneten, vor denen Sie gesprochen haben.“

Somit der Brief Lloyd Georges. Ueber die Briefe Hendersons teilt Reuters mit, daß Henderson in seiner Antwort an Lloyd George heftig dagegen verwahrt einlegte, daß seine Haltung auf der Konferenz zum Anlaß eines Zwistes oder zur Begründung von Beschuldigungen gegen ihn gemacht würde. Henderson fordert die Verantwortlichkeit auf, sich eines Urteils zu enthalten, bis sie die Tatsachen kenne. Diese Tatsachen will Henderson in Unterhaus zur Sprache bringen. In seinem ersten Brief, den er an Lloyd George gerichtet hätte und auf den Lloyd Georges oben erwähneter Brief die Antwort darstellt, hätte Henderson behauptet, daß er Lloyd Georges Wünsche, den Krieg bis zu einem erfolgreichen Ende fortzusetzen, teile.

Dem Bericht der englischen Arbeitervertreter, die die Stockholmer Konferenz zu besuchen, der seines Stimmverhältnisses wegen allgemeine Ueberraschung hervorrief, ging eine lange und interessante Beratung voraus, über die folgender Bericht vorliegt:

Die große Konferenz der Arbeiterpartei, die darüber erörtert hat, ob die englischen Arbeitervertreter an der Stockholmer Konferenz in Stockholm teilnehmen sollten, trat am Freitag in London zusammen. Fast 600 Vertreter waren anwesend. Die russischen Vertreter, die die Länder der Alliierten besuchen, waren ebenfalls zugegen, ferner Arthur Henderson, Ramsay MacDonald, Beveridge, Hoag und andere Vertreter. Zunächst ergab der Vorsitzende William Barby das Wort und erklärte,

daß kein Friede genüge, der nicht die vollkommene Beseitigung vom aggressiven Militarismus gewährleiste. Die Revolution möge eine Zeitlang den russischen Kameraden die großen Aufgaben des Krieges verdunkelt haben. Aber er sei sicher, daß sie ihre mühsam gewonnene Freiheit nicht für die Schande einer Freiheit unter dem Fuße des preussischen Militarismus vertauschen wollten. Weder ihre russischen Freunde, noch wir wünschten einen Sonderfrieden, sondern als Alliierte müssen sie Schulter an Schulter stehen, bis ein gerechter Friede erritten ist. Die Einladung nach Stockholm verdiene sorgfältig und ernsthaft Erwogen zu werden.

Sodann führte Henderson aus, er war früher gegen die internationale Konferenz, er habe aber seine Ansicht besonders deswegen geändert, weil in Russland die verirrtesten Ansichten herrschten, warum England den Krieg fortsetze. Die Ziele der englischen Arbeiterbewegung wurden verdreht und die Verdrehungen durch die feindlichen Agenten ausgenutzt. Die Konferenz habe für eine gute Gelegenheit zur Klarstellung. Bei meinem Aufenthalt in Russland, fuhr Henderson fort, war die russische Regierung sehr für die Konferenz. Deshalb war ich der Ansicht, daß es nicht ratsam und vielleicht gefährlich sei, wenn die russischen Vertreter nur mit den feindlichen und neutralen Vertretern zusammenkommen. Freilich änderte sich seither in Russland viel. Ich glaube, daß die neue Regierung der Konferenz etwas anders gegenübersteht als die alte. Es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß die amerikanische Arbeitervereinigung und die belgischen Sozialisten beschließen, nicht an der Konferenz teilzunehmen. Auch 40 französische Sozialisten erhoben in der Kammer gegen die Teilnahme an der Konferenz unter den obwaltenden Bedingungen Einspruch. Henderson sprach dann die Meinung aus, daß eine beratende Konferenz viel Gutes schaffen könne. Er betrachte sie als eine Gelegenheit, der Widerheit der deutschen Sozialisten viele neue Tatsachen zur Kenntnis zu bringen, die man dem deutschen Volk absichtlich verborgen lasse. Henderson hat seine Hörer, ihm zu glauben, daß weder er noch irgend jemand in dem Vollaufglauben von unwürdigen oder unpatriotischen Beweggründen beeinflusst werde und schloß: Unsere Sache ist eine so starke Sache, die Sache aller Alliierten, daß sie, wenn sie von den verantwortlichen Abgeordneten der Arbeiterklasse vertreten würde, erheblich dazu beitragen würde, das deutsche Volk davon zu überzeugen, daß das Verbrechen seiner Führer den Krieg verurteile, und daß das Verbrechen seiner Führer jetzt seinen gerechten Abschluß verhin-dert. Die Russen hätten entstehen eine bindende Konferenz gewünscht, die den Zweck haben sollte, wirkliche Friedensbedingungen zu besprechen. An einer solchen Konferenz könnten die britischen Vertreter nicht teilnehmen. Sie könnten nur teilnehmen an einer Konferenz, in der sie klar darlegen könnten, warum sie die Fortführung des Krieges unterstützen und welche Ziele sie hätten. Ueber den Frieden könnten sie nicht verhandeln, denn die Sozialisten seien noch nicht die Räder. Einzig die Regierungen der einzelnen Länder könnten über den Frieden verhandeln.

Die Versammlung beschloß nach der Erklärung Hendersons, sich bis zum Nachmittag zu vertagen, um dann über folgende Entscheidung abzustimmen: Die Einladung zur internationalen Konferenz in Stockholm soll unter der Bedingung angenommen werden, daß sie beratend und nicht bindend ist.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung am Nachmittag brachte Robinson einen Antrag ein. Der Vertreter der Textilarbeiter erwähnte die Entschliessung der Vertreter der Postarbeiter Sexton und beantragte den Zusatz, daß keinesfalls die Vertreter an einer Konferenz teilnehmen sollen, auf der feindliche Vertreter anwesend seien. Minister Barnes unterstützte den Zusatzantrag, der schließlich mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Ramsay MacDonald, mit Unruhe empfangen, unterstützte die Entschliessung und erklärte, keine Regierung verweigerte den Finanzleuten die Pässe zu ihrer Konferenz in der Schweiz, keine Gewerkschaft nahm ihnen die Möglichkeit zur Ueberfahrt. Man solle Vergangenes begraben und nach Stockholm gehen, um zu beraten, keine Ansicht zu äußern und die der anderen Seite zu hören. Dann solle man zurückkehren, mit den Grundlagen für den Frieden in der Tasche. Man verlange von den Demokraten Europas eine klare Feststellung ihrer Ziele. Robert, der Parlamentssekretär des Handelsamtes, sprach gegen die Resolution, die indessen mit 1846 000 gegen 550 000 Stimmen angenommen wurde.

Die gefährdete Revolution.

Auf Umwegen kommen aus Russland Nachrichten, die darauf schließen lassen, daß die Reaktionäre wieder Morgenluft wittern und die Revolution durch eine Gegenrevolution erdrücken wollen. Als Beweis für das Umrücken reaktionärer Strömungen in Russland führt die Korrespondenz des bolschewistischen „Brande“ eine Privatitzung der Duma an, die von Rodjanko einberufen war. Die Sozialisten hatten sich ihr ferngehalten und gegen sie Protest eingelegt, da die Duma keinen Rechtsbestand mehr habe. In dieser Sitzung tauchte der seit Ausbruch der Revolution un-aussprechbare Pogromheld Purisckewitsch wieder auf. Er, der Kabett Maulenlöcher — in milderer Form — auch Mikuloff hieß, forderte, die Regierung solle doch endlich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Schluß machen und sich nur auf die Duma stützen. Die beiden ersten Redner traten dafür ein, daß Großfürst Michael, der Bruder des Czaren, den Thron besteigen solle.

Eine Versammlung Petersburger Offiziere hatte tags zuvor dasselbe gefordert.

Das Kabinetzenon „Rjetch“ sagt in drohendem Tone, die Regierungsproklamationen seien nichts als ein Echo auf die Aufrufe der Zimmerwaller. Das dürfe nicht so bleiben. Diese Anzeichen lassen darauf schließen, daß Kräfte am Werke sind, die jetzt die Zeit für gekommen halten, um die russische Revolution zu zermalmen. Im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit steht folgende nicht nachkontrollierbare Meldung aus Stockholm:

In Petersburg wurde eine neue Aktion „zur Rettung Russlands“ unternommen. Es handelt sich um die Gründung einer Liga der militärischen Pflichten, die unter größtem Klammernstand ins Leben gerufen wurde. Begründet wurde die Liga durch Rodjanko, Vera Saksulskaja, Andrejew und Plechansow. Es handelt sich um eine militärische Organisation zur Befestigung der Macht der bürgerlichen Parteien, sie ist für die russische Politik zweifellos von großer Bedeutung. An Bedeutung gewinnt sie auch dadurch, daß der britische und amerikanische Botschafter in Petersburg ihr ein ganz besonderes verdienstliches Wohlwollen entgegenbringen. Wie „Rabotnitsaja Gazeta“ berichtet, soll die Liga von der britischen Botschaft ein Geschenk von 500 000 Rubel und Sierling erhalten haben, während die amerikanische Botschaft zur Gründung drei Millionen Dollars beigetragen hat. Der Gründungsverammlung wohnten sämtliche Führer der bürgerlichen Parteien bei, ferner nahmen an ihr die Minister Kerejew, Gromow und auch Kerenski teil. Kerenski hielt eine Ansprache, in der er erklärte, das russische Volk müsse auch den jetzt in Russland notwendig werdenden Diktaturmaßnahmen ergehen, wohn eine Herrschaft des bürgerlichen Militärgewalt der Welt Russland bringen würde.

Unerreicht russischen Genossen harret jetzt eine schwere Arbeit, wenn sie die russische Revolution retten wollen. Ob sie es noch können, wegen wir nicht zu entscheiden. Das muß die Zukunft lehren!

Die Kriegslage.

In der Flandernfront war das feindliche Artilleriefeuer am Vormittag des 11. August bei trübem Wetter, abgesehen von dem Abschnitt östlich von Ypern, weniger lebhaft. Erst gegen Abend frischte es wieder auf und steigerte sich an einzelnen Abschnitten zur alten Heftigkeit. Auf Drie Grachten lag hartes feindliches Minenfeuer. Eine in der Nacht nach einem starken Generalangriff gegen Kettervalle vorgehende starke Patrouille wurde abgegriffen. Von Marchen bis zum Kanal von Hallebeete setzte kurz nach 5 Uhr morgens heftiges Trommelfeuer ein, das über eine Stunde anhielt. Während des Trommelfeuers brachen die Engländer in Divisionsbreite bei Hallebeete vor, wurden jedoch unter erheblichen Verlusten zurückgeschlagen. Auch mehrere in diesem Abschnitt vorgehende starke Patrouillen hatten nicht den mindesten Erfolg. Nördlich St. Quentin gelang es dem Gegner, nach einseitig-kündigtem Beschützungsfeld auf unsere neuen Gräben unsere vorberste Linie um etwa 50 Meter zurückzudrücken, während wir einen starken Patrouillennachstoß auf der Straße Cambrai-Bapaume zurückschlugen. An der lotringischen Front wurden nachts vom 10. bis 11. August die Werke von Nouvois-Maisons, Pompey, Dieulouard von unseren Beschützungsgeschwadern mit erkennbarem Erfolge bombardiert.

Von der Oise bis zum Bruch außer zeitweise erkennbarem Aufleben des Feuers bei Dinaburg, am Stogobdogen, bei Sustatin und Sojan keine besonderen Ereignisse. Zwischen Soita und Molbanatal wurden mehrere feindliche stärkere Vorstöße abgegriffen. Ein nach zweistündiger Artillerievorbereitung vorgezogener dreimaliger heftiger feindlicher Angriff gegen die Höhe Steaminis blieb blutig liegen. Aufheuerndlich schwere Verluste erlitten die Gegner bei ihren während des Gegenangriffs beiderseits des Oituz. Zwölf feindliche Gegenangriffe wurden hier bisher blutig abgewiesen. Ebenso blieben tief gegeloberte feindliche Sturmwellen, die nördlich des Oituz und westlich Niceresi vorrückten, in unserm Feuer liegen. In den heftigen Kämpfen nördlich Sojan bewiesen unsere Truppen die alte Tapferkeit. Der Feind erlitt abermals schwere Verluste.

West. Großes Hauptquartier, 12. August. (Amtlich.)

Westlicher Kriegshauptquartier.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nach den Angriffen des gestrigen Vormittags ließ in Flandern der Feuerkampf nach; erst gegen abends steigerte er sich in breiten Abschnitten wieder und blieb nachts lebhaft.

Heute morgen brachen nach einseitigem Trommelfeuer an vielen Stellen der Front starke feindliche Sturmabteilungen vor; sie wurden überall zurückgeschlagen. Nördlich von Hallebeete setzten die Engländer mehrere Regimenter zum Stoß an; auch sie hatten keinen Erfolg und mußten unter schwersten Verlusten zurückweichen.

Vom La Basse-Kanal bis auf das Südufer der Scarpe und nordwestlich von St. Quentin verstärkte sich zeitweilig die Feuer-tätigkeit, während der es mehrfach zu Vorfelgeschichten kam.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisne-Front, in der West-Champagne und auf beiden Mass-Üfern bekämpften sich die Artillerien lebhafter als in letzter Zeit.

Bei Cerny-en-Bozonais brachen am Abend zwei französische Angriffe verlustreich zusammen; am Cornillet wurden feindliche Handgranatentruppen vor den von uns gewonnenen Stellungen abgewiesen.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine größeren Kampfhandlungen. Oberleutnant Ritter von Lutzfeld brachte im Luftkampf seinen 22. und 23. Gegner zum Absturz.

Ostlicher Kriegshauptquartier.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Südlich des Protosal-Tales erkämpften deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen die beherrschenden Höhenstellungen und das Dorf Grozesci.

Gegen unsere südlich des Oituz-Tales vordringenden Truppen führte der Feind frische Kräfte ins Feuer, die sich in oft wiederholten erbitterten Gegenangriffen verlor.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madenjen.

Die Kämpfe nördlich von Sojani dauern an. Zwischen Sereth und der Bahn nach Wjdubrou griffen auch gestern Russen und Rumänen mit starken Kräften unsere Linie an. Kein Fußbreit Boden ging uns verloren. Westlich der Eisenbahn wurde der Feind durch kraftvolle Angriffe deutscher Truppen nach Norden und Nordwesten zurückgedrängt und erlitt bei erfolglosen Gegenstößen blutige Verluste. Seit dem 6. August sind auf diesem Kampfplatz über 130 Offiziere und mehr als 6650 Mann gefangen, 13 Geschütze und 61 Maschinengewehre erbeutet worden.

Vom Sereth bis zur Donau nahm die Feuer-tätigkeit erheblich gegen die Vortage zu; an der Wuzau-Mündung wurde ein russischer Angriff zurückgeschlagen.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Berlin, 12. August abends. (Amtlich.)

In Flandern Artilleriefeuer wechselt heftigkeit. Im Osten am Protosal-Tal und nördlich der Susita erfolgreiche Artilleriekämpfe.

Wien, 11. August. (Amtlich.)

Ostlicher Kriegshauptquartier.

Ostlich von Sojani unternahmen die Russen und Rumänen gestern nachmittags abermals heftige Massenangriffe, die stellenweise 26 Wellen tief gefasst waren. Die deutschen Divisionen schlugen den Feind in regelreicher Abwehr zurück. Die Kämpfe an der Oituz-Strasse verliefen erfolgreich. Österreichisch-ungarische und deutsche Streitkräfte drangen, dem Verteidiger Graben auf Graben entreichend, bis auf die Höhen südlich und westlich von Dena vor. Weiter nördlich keine wesentliche Veränderung der Lage.

Italienischer Kriegshauptquartier.

Am Isonzo lebte der Artilleriekampf wieder auf.

Balkan-Kriegshauptquartier.

Nichts zu melden.

Wien, 12. August. (Amtlich.)

Ostlicher Kriegshauptquartier.

Westlich von Sojani warfen unsere Verbündeten die Russen und Rumänen weiter zurück. Alle Versuche des Gegners, diese Front durch Massenangriffe zu entlasten scheiterten unter schweren Verlusten.

In Oituz-Gebiet griff südlich von Grozesci der Feind gleichfalls mit starken Kräften an. Er vollführte stellenweise bis zu 5 mal solche Angriffe, die alle vor unseren Linien zusammenbrachen. Das Seronzer Horned-Regiment Nr. 18 zeichnete sich besonders aus. Westlich von Dena schritten unsere Angriffe ständig vorwärts. Grozesci und Slanic wurden genommen. Unsere Truppen näherten sich dem Protosal-Tal.

Nördlich von Wama in der Bulowina scheiterten mehrere feindliche Versuche gegen unsere Hauptstellungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.
Am 10. August wurde die feindliche Luftaufklärung durch unsere Flieger erfolgreich bekämpft. Es wurden fünf italienische Flugzeuge abgeschossen, drei davon von dem Hauptmann Brumstorf.
Italien-Kriegsschauplatz.
Unverändert.

Frankreichs Bericht.
Am 11. August, nachmittags: Nördlich von St. Quentin machten wir merkliche Fortschritte in der Gegend von Fayet und warfen den Feind aus dem größten Teil der Grabenlinie, worin er in der Nacht zum 10. August Fuß gefast hatte. Wir machten etwa 15 Gefangene. Südlich Nilles setzte uns ein glänzender Angriff in den Besitz eines wichtigen, vom Feinde kräftig verteidigten Schützengrabens. Unsere Truppen leisteten mehreren Gegenangriffen Widerstand und hielten die neuen Stellungen. Wir machten 10 Gefangene. In der Champagne machten die Deutschen nach Artillerievorbereitung auf einer Front von drei Kilometern Breite gleichzeitig mehrere Angriffe in der Gegend des Cornillet-Berges. Deshalb und westlich von ihm hielt das Feuer die feindlichen Sturmwellen, die schwere Verluste erlitten, glatt an. Nördlich von Cornillet gelang es dem Feinde, in die nordere Linie einzubringen, aber ein energischer Gegenstoß gab uns das verlorene Gelände zurück, mit Ausnahme von ungefähr 50 Metern, die noch von den Deutschen besetzt gehalten werden. In der Gegend des Helm-Berges vernichtete eine unserer Erkundungstruppen bei Einfall in die deutsche Front eine feindliche Arbeiterabteilung. Deutsche Flugzeuge warfen in der vergangenen Nacht Bomben in die Gegend von Nancy. Es wurden keine Opfer gefordert und wenig Schaden angerichtet.

Abends: In Belgien blieb der Artilleriekampf im Laufe des Tages nördlich St. Quentin sehr lebhaft. Ein neuer Angriffsversuch der Deutschen gegen unsere Stellungen östlich Fayet wurde durch unser Feuer glatt angehalten. In der Champagne war die heftigste Artillerietätigkeit im Hügellande in der letzten Nacht etwas vermindert. Zur selben Zeit, als die Deutschen erfolglos im Cornillet-Abchnitt angriffen, griffen sie zweimal unsere Gräben am Hochberg an. Unter Feuer genommen, machten die Angreifer in ihre Ausgangsgräben zurückzuziehen. Andere Angriffsversuche am Blond-Berge hatten das selbe Schicksal. In der übrigen Front zeitweilig unterbrochene Artillerieunternehmungen. Im Laufe des 10. August wurden zwei deutsche Flugzeuge von unseren Fliegern abgeschossen, zwei andere beschädigt und gezwungen, in ihren Linien zu landen. Unsere Bombardierungsflugzeuge führten verschiedene Teilunternehmungen aus. Auf die Hügellände von Schlettstadt und auf das Waldlager von Soultz wurden zahlreiche Geschosse geworfen.

Englischer Seeresbericht.
Am 11. August: Um den Besitz wichtigen Bodens, den wir östlich von Oport nahmen, fand gestern Abend ein wilder Kampf statt. Sechsmal ging der Feind zum Angriff vor, jedesmal wurde er durch Feuer zurückgetrieben. Wir hielten alle unsere Stellungen und gewannen außerdem in der Umgebung der Straße Oport-Menin Boden. Südlich von Armentieres machten wir gestern Abend einen Einfall in die feindlichen Gräben.

Die russischen Seeresberichte
Am 8. und 9. August beschäftigten im allgemeinen die Mitteilungen der deutschen Seeresberichte.

Frankreich und Belgien.

Präsident Poincaré amtsmüde?
Wie das „Berliner Tagblatt“ aus Paris erzählt, hat Poincaré Ribot mitgeteilt, daß er zurückzutreten beabsichtige. Ribot habe nach Besprechung mit seinen Kollegen Poincaré gebeten, die Angelegenheit bis zum Zusammenritt der Kammer zu vertagen.
Bisher ist diese Meldung noch unbestätigt, deshalb werden wir uns auch vorläufig jedes Kommentars enthalten.

Eine Frau als Minister.
Nach Petersburger Telegrammen ist die bekannte „Großmutter der Revolution“, Frau Catharina Brestkowskij, als Minister ohne Portefeuille in die neue Regierung eingetreten.

Die elsaß-lothringische Frage
ist von dem Ausschuss der französischen Sozialisten, der den Fragebogen des holländisch-skandinavischen Komitees beantwortet hat, in dem Sinne entschieden worden, daß der Wiederanschluß Elsaß-Lothringens an Frankreich erst auf Grund einer Abstimmung erfolgen kann. Im übrigen sprach sich der Ausschuss gegen jede Annexion aus. — Angesichts dieser Haltung scheint uns nachstehende Genfer Meldung völlig aus der Luft gegriffen zu sein: „Die gestrige Versammlung der Hauptvertreter der französischen Sozialisten genehmigte eine unversöhnliche Haltung gegen die Mittelmächte gerichtet. Sie beschloß die ursprüngliche Stockholmer Programmpunkte völlig umzuwälzen und so den Vertretern der Mittelmächte das Erscheinen unmöglich zu machen.“ Solange hierüber nicht genauere Nachrichten vorliegen, bezwecken wir die Richtigkeit vorstehender Meldung.

Thomas.
Nach Meldungen aus Paris hätten die Sozialisten der Mehrheitspartei den Beschluß gefaßt, das Verbleiben des Munitionministers Thomas im Kabinett nicht von der Pakfrage abhängig zu machen und dafür einzutreten, daß Thomas nicht von seinem Posten zurücktrete.
Nach einer Meldung der „Le Peuple Belge“ ist anzunehmen, daß die französische Regierung ihre Haltung in der Pakfrage ändert.

Rußland.

Eine bezeichnende Forderung.
Stockholm, 10. August. (Eig. Drahtbericht.)
Wie das Sowjet-Bulletin mitteilt, lenkt das Zentralkomitee des Arbeiter- und Soldatenrats die Aufmerksamkeit der Regierung auf die bringende Notwendigkeit, ein Gesetz zu erlassen, wodurch die Verteidigung schon im Stadium der Voruntersuchung zugelassen wird. Bis zur Verwirklichung eines solchen Gesetzes schlägt das Zentralkomitee vor, seine Delegierten in der Untersuchungskommission für die Zeit vom 16. bis 18. Juli zuzulassen. Das Zentralkomitee protestiert entschieden dagegen, daß Materialien aus der Voruntersuchung über diese Ereignisse vor der Beendigung dieser Voruntersuchung veröffentlicht werden. Das Zentralkomitee erklärt darin eine direkte Gesetzesverletzung und ein fürchterliches Zeichen dafür, daß die neuen Gerichte die Interessen des alten Schifsgewerkschafts nicht abnormen hat. Es wird

Der amtliche Kriegsbericht.

Lufteingriffe auf England. Die Fliegerverluste im Juli.

W.W. Großes Hauptquartier, 13. August. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Seeresgruppe Kronprinz; Rupprecht
In der flandrischen Schlachtfront wuchs nach verhältnismäßig ruhigem Tag die Kampftätigkeit in den Abendstunden weiter zu erheblicher Stärke an.
Unsere Artilleriewirkung gegen feindliche Batterien war gut. Sie zerstörte auch Bereitstellungen englischer Angriffstruppen östlich von Messines.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Dünkirchen des Chemin des Dames und in der West-Champagne steigerte sich die Feuerfähigkeit beträchtlich. Nördlich der Straße von Caillon brachen gestern früh die Franzosen zu starken Angriffen vor. Sie wurden durch Feuer und im Nachkampf abgewiesen.
Ebenso vergeblich und verlustreich war ein Vorstoß des Feindes südwestlich von Nilles.
An der Nordfront von Verdun haben sich auf beiden Meeresufern heftige Artilleriekämpfe entwickelt.
Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.
Nichts Neues.

Eins unserer Flugzeuggeschwader griff gestern England an. Auf die militärischen Anlagen von Southend und Margate an der Themsemündung wurden mit erkannter Wirkung Bomben abgeworfen. Eins unserer Flugzeuge wird vermisst.
Auf dem Festlande sind gestern 14 feindliche Flieger und 1 Fesselballon abgeschossen worden.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Lebhafteres Feuer nur südlich von Smorgon, östlich von Dub, bei Tarnopol und am Jbrucz. Hier kam es mehrfach auch zu Zusammenstößen von Streifabteilungen.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef
In der westlichen Moldau gelang es trotz sehr zäher feindlicher Gegenwehr, die in zahlreichen heftigen Angriffen zum Ausbruch kam, unsern Geländegewinn südlich des Protosul-Tales weiter auszudehnen.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.
Der hartnäckig verteidigte Ort Banau wurde im Sturm genommen. Entlastungslinien der Russen und Rumänen gegen benachbarte Abschnitte unserer Front waren vergeblich. Sie leisteten sämtlich verlustreich.
Am unteren Sereth blieb die Artillerietätigkeit lebhaft. Mehrere feindliche Angriffe zwischen Szugulmündung und Donau wurden zurückgeschlagen.

Mazedonische Front.
Keine besonderen Ereignisse.

Im Monat Juli betrug der Verlust an Luftstreitkräften der Gegner 34 Fesselballons und mindestens 213 Flugzeuge, von denen 98 hinter unserer 115 jenseits der feindlichen Linie durch Lufteingriffe und Abwehrfeuer brennend zum Absturz gebracht wurden.
Wir haben 60 Flugzeuge, keinen Fesselballon verloren.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Englische Berichte über den Lufteingriff.

W.W. London, 13. August. (Amtlich.) 5 Uhr 15 Min. wurde ein Geschwader von 20 feindlichen Flugzeugen von Festungtown gemeldet. Sie striften die Küste bis Clacton entlang, wo sie sich teilten; ein Teil slog auf Margate zu, wo Bomben abgeworfen wurden, die übrigen überflogen die Küste und warfen Bomben auf die Umgebung von Southend ab. Unsere Flugzeuge verfolgten den Feind bis auf die See hinaus.

W.W. London, 13. August. (Nichtamtlich.) Die Lufteingriffe verursachten in Southend beträchtlichen Sachschaden. 40 Bomben wurden abgeworfen. Nach den bisherigen Meldungen wurden 8 Männer, 9 Frauen und 16 Kinder getötet, ungefähr 50 Personen wurden verletzt. In Rochester wurden 2 Männer verwundet. Auf Margate wurden 4 Bomben abgeworfen, ein unbewohntes Haus zerstört, keine Personenuverluste.

gefordert, daß die Untersuchungsgewalt unbedingt streng im Rahmen des Gesetzes gehalten, und daß jede Verletzung des Gesetzes geahndet werde.

Kerenski's „eiserne Disziplin“.
Kerenski hat eine Verfügung erlassen, die die Minister des Innern und des Krieges ermächtigt, alle Versammlungen und Kongresse zu verbieten und aufzulösen, die als schädlich für die Sicherheit des Staates angesehen werden. Kerenski ist entschlossen, die „eiserne Disziplin“ einzuführen.

Die finnischen Behörden legen die Hemter nieder.
Nach eingelaufenen Meldungen haben die finnischen Landesbehörden ihre Hemter niedergelegt.

England.

Austritt des Staatssekretärs für Indien.
Die „Kölnische Courant“ meldet aus London: Chamberlain, der Staatssekretär für Indien, trat zurück. Nach dem „Daily Telegraph“ wird ihn der jetzige Direktor der Rekrutierung, Geddes, ersetzen.

Cajements Todestag
ist in Irland durch eine Demonstration, an der 500 Radfahrer, 300 Reiter und mehrere tausend Fußgänger mit Kapellen teilnahmen, begangen worden. Die Teilnehmer trugen Flaggen der irischen Republik.

Italien.

Die offiziellen Sozialisten gehen nach Stockholm.
Nach einer Meldung des Stockholmer Korrespondenten des „Handelsblat“ werden die offiziellen Sozialisten nach Stockholm gehen. Sie wünschen jedoch nicht, daß die italienischen Reformisten auch Vertreter entsenden. Um sie von dieser wirklich unsozialistischen Auffassung abzubringen, versuchen jetzt die russischen Abgeordneten zu vermitteln.

Der Seekrieg.

Der U-Boot-Krieg.
Berlin, 11. August. (Amtlich.)
Im Atlantischen Ozean und Mittelkanal wurden durch unsere U-Boote neuerdings 23 000 Brutto-Register-Tonnen vernichtet.
Unter den versenkten Schiffen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Jermatt“ (3 767 Tonnen) mit Kohlen und Stückgut, „Nurten“ mit 6 500 Tonnen Kohlen von England nach Gibraltar und ein unbekannter bewaffneter Dampfer; ferner ein englischer auslaufender Dampfer und ein von vier Besatzungsdampfern gesicherter Dampfer.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Allelei Kriegsnachrichten.

Feindliche Fliegerangriffe auf Frankfurt a. M.
Ein Flieger erschien Sonnabend früh über Frankfurt und warf gegen 7 Uhr eine Bombe ab, die im Zentrum der Stadt unmittelbar vor ein Militärhospital niederfiel. Glücklicherweise sind keine Menschenleben zu beklagen, nur einige Fenster des Hospitals und ein Türhüter wurden leicht verletzt. Der angerichtete Schaden ist gering. Fünf weitere Bomben fielen, ohne irgend einen Schaden anzurichten, in ein Waldchen westlich von Frankfurt nieder.
Gestern (Sonntag) Abend gegen 7 1/2 Uhr erschien wieder ein feindlicher Flieger über Frankfurt, der wohllos mehrere Bomben über der durch den Sonntagverkehr starkbewegten Stadt abwarf. Leider sind diesmal vier Tote und mehrere Verletzte zu beklagen.

Chinas Kriegserklärung bevorstehend?
Reuter meldet aus Peking vom 10. August: Die Kriegserklärung, wahrscheinlich auch an Oesterreich-Ungarn, wird heute erwartet. Auf jeden Fall werden die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn abgebrochen werden.

Ernährungsfragen.

Phantastische Preise für Pilze.
Trotz aller, vom Kriegsausgang für Konsumenteninteressen oft genug hervorgehobenen, Unzuträglichkeiten, welche die staatliche Zwangswirtschaft mit sich gebracht hat, ist die Beschränkung des freien Handels noch immer das kleine Uebel. Würde den beweglichen Klagen der Produzenten, Groß- und Kleinhändler nachgegeben und „freies Spiel der Kräfte“ möglich, so würden wir noch ganz andere Preise für sämtliche Bedarfsgegenstände erleben, als sie leider Gottes schon Platz gegriffen haben! Hierfür nur ein Beispiel: Getrocknete Pilze sind Preisvorführer nicht unterworfen, und deshalb ist ihr Preis im „freien Handel“, der angeblich Tag und Nacht nur um das Wohl der Allgemeinheit besorgt ist, zu schwindelnder Höhe getrieben. Für ein Pfund werden jetzt 12 Mark verlangt, im vorigen Jahre kostete dieselbe Ware nur 8 Mark. Entweder hat also der Handel die Preise, wenn es sich nämlich um Pilze 1916er Ernte handelt, inzwischen um netto 50 Prozent gesteigert, oder man glaubt, wenn es sich schon um 1917er Pilze dreht, dieses Jahr wegen der großen Trockenheit und des Mangels an frischem Gemüse und Obst in den Großstädten gleich um hundert höher mit den Verkaufspreisen einsteigen zu können!
Es ist übrigens ganz natürlich, daß das berühmte Gesetz von Angebot und Nachfrage als Grundlage der Preisbildung im Kriege durch die Staatsgewalt ausgeschaltet werden muß, namentlich in einem vom Weltverkehr abgesperrten Lande und in erster Linie für die Erzeugnisse dieses Landes. Bei dem Mißverhältnis zwischen Deutschlands Volkszahl und seiner Produktion hätte das „Angebot“ das „H“ völlig in der Hand, und die „Nachfrage“ wäre der Gegenseite auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Diesen Gesichtspunkt darf die Reichsregierung auch für die voranschreitend Jahre lang andauernde „Ubergangswirtschaft“ feiner Augenblick außer acht lassen; sind doch schon genug Kräfte am Werke, ihr ihre Aufgabe aus erregotischen Interessen systematisch zu erschweren. Also: Landgraf werde hart!

Borstliche Viehwirtschaft tut not!
Die Safernte wird sehr mäßig, die Gerbenernte geringer sein als 1916. Die Rauhhafernte wird sich betriebs der Menge wahrscheinlich mit der ungünstigen Ernte von 1915 decken. Für Haferfrüchte sind die Aussichten kaum mittelmäßig. Kraft- und Erbsenfrüchte sieht nur in bescheidenen Mengen zur Verfügung. Die wesentlichen Teile der voranschreitend guten Kartoffelernte müssen dringlicheren Anforderungen, insbesondere der menschlichen Ernährung, vorbehalten bleiben. Das Gesamtergebnis birgt große Gefahren in sich, wenn zwischen den wirklich zur Verfügung stehenden Futtermitteln und den Viehbeständen kein gebundenes Verhältnis hergestellt wird. Die Viehwirtschaft richtet sich nach den Bedingungen auf eine geringe Fleisch- und Fettproduktion ein. Sie fordern aber dringend, daß jede Erntemittel und Parcellenverteilung vermieden und durchgängig so rationell gewirtschaftet wird, wie es das allgemeine Interesse erfordert. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die derzeitigen Viehbestände für eine rationelle Wirtschaft noch zu hoch sind, und die zuständigen Stellen werden gut tun, ihre einschränkenden und energisch durchzuführenden Maßnahmen bald zu veröffentlichen.

Nus Südben und den Nachbargebieten.

Montag, 13. August.
Für Grobheringen im Osten und Westen trägt das alldeutsche Wöchentliche Amtsblatt mit dem Fleiß von Ameisen alle möglichen Stimmen zusammen, um nur den Eindruck der von der großen Mehrheit des deutschen Volkes und seiner Vertretung beabsichtigten

Ausdehnung für einen baldigen Frieden der Verständigung zu...
verwischen und zu verdunkeln. Am Sonnabend muß wieder ein-
mal Flandern annektiert werden, weil Lubendorff bezüglich des
Zieler der feindlichen Offensive in Flandern schriek: „Ihr Ziel
war ein hohes; es galt einen vernichtenden Schlag zu führen gegen
die „U-Boots-Flotte“, die von der flandrischen Küste aus Englands
Seeherrschaft untergräbt.“

„Darum heißt unser deutsches ceterum venio: Ohne Flandern
in unserer Gewalt keine Sicherheit für
Deutschlands Betätigung auf dem Weltmarkt. Mit Flandern
Wiederkehr deutschen Wohlstandes nach Beilegung der schweren
Kriegswunden Niederlegung unserer Siedlungen in fernem
Westen, Freiheit der Meere und freie Betätigung jeder chri-
stlichen Arbeit auf der ganzen Erde!“

Dieses a l l -deutsche ceterum venio zeigt keinerlei Sinn für
reale Möglichkeiten; dafür leidet es an der gefährlichen Ueber-
spanntheit, die den feindlichen Nachbarn so willkommene
Dienste leistet. Das Volk hat damit natürlich nichts zu tun.

Einschränkung des Gasverbrauchs. Zur Erläuterung wird
von amtlicher Seite mitgeteilt: Punkt 5 der Bekanntmachung des
Vertrauensmanns des Reichskommissars für Elektrizität und Gas
vom 9. August 1917 ist so zu verstehen, daß ohne Berechnung
eines Aufpreises der Abnehmer im Monat oder im Vierteljahr
80 Proz. des Verbrauchs in der gleichen Zeit des Vorjahres zu
sehen, mindestens jedoch bis auf weiteres die in der Zusammen-
stellung nach Messergarben angegebenen Gasnormen. Die Mes-
sungen werden der Jahreszeit entsprechend jeweilig festgelegt
und veröffentlicht.

Seiverbliche Betriebszählung. Die bisher eingegangenen
Fragebogen ergeben, daß manche Betriebsinhaber nur ihre Ange-
stellten und nicht auch sich selber eingetragen haben. Deshalb sei
ausdrücklich hervorgehoben, daß das Kriegsamt selbstverständlich
auch das Alter der Inhaber zu wissen wünscht, und daß sie des-
halb in Frage 8, 9, 11 und 12 auch sich selber mit anzuführen
müssen.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Juli
beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 99 132,99 M.,
Gewerbesteuer 6532.— M., Wertzuwachssteuer 1364.— M., Grund-
steuer 202 124,76 M., Eisenbahnsteuer 50 610,86 M., Erbschafts-
steuer einisch. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserb-
schaftssteuer 9 732,79 M., Veräußerungsabgabe 19 184,81 M.,
Einkommenabgabe 8 850,70 M., zusammen 397 882,91 M. gegen
380 208,08 M. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 17 674,83
Mark mehr. Vom 1. April bis Ende Juli gingen insgesamt
2 702 067,92 M. ein gegen 2 160 222,20 M. im gleichen Zeitraum
des Vorjahres; mithin 541 845,72 M. mehr.

Die Schuhnot. In den Schuhläden schmelzen die Vorräte zu-
sammen. Lederwaren der im Frieden gewohnten Art werden
bald gar nicht mehr zu bekommen sein. Vorrätig sind vielfach
nur noch einige Paare wenig benötigter Größen. Die Ersatzstoffe
mit Holzschuhen sind mit wenig Sorgfalt hergestellt. Auf eine
lange Haltbarkeit ist bei ihnen nicht zu rechnen. Wenn für die
Zivilbevölkerung nicht in Solde größere Mengen Leder zur
Verfüng gestellt werden, sind die Folgen nicht abzulehnen. Wer
auf solchen Wegen bei jedem Wetter zu gehen, in Fabriken,
Werkstätten oder auf dem Feld zu arbeiten hat, kommt mit dem
mangelhaften Ersatzschuwerk nicht durch. Die einzigen, die gegen
dieses kaum etwas einwenden haben, werden die Schuh-
fabrikanten sein, die selbst für den minderwertigen Ersatz
Preise fordern dürfen, wie sie im Frieden für gutes Schuhwerk
bezahlte worden sind. Auch beim Schuhwerk wird die Veröffent-
lichung durchweg in ungeheurer Weise übernommen.

Wir gehen einer schlimmen Notlage entgegen, wenn nicht
beizzeiten Vorkehrungen getroffen werden. Die Schuhmacher haben
nicht einmal für Reparaturen ausreichende Materialien zur
Verfüng. In den Lederfabriken aber sind Vorräte angehäuft,
von deren Größe der Uneingeweihte fast kaum einen Begriff macht.
All dieses Leder soll für Heereszwecke reserviert sein. Daß die
Soldaten mit gutem Schuhwerk ausgestattet sein müssen und das
hinreichende Material nicht entbehrt werden kann, steht jeder ein.
Das schließt aber das Verlangen nicht aus, daß man die Bedürf-
nisse der Zivilbevölkerung nicht gänzlich außer acht lassen soll.

Hätten wir rechtzeitig eine Regelung des Verbrauchs be-
kommen, so könnten die Schuhläden noch über bedeutende Vorräte
verfügen, die Private an sich zogen, ehe es zur Beschränkung der
Abgabe kam. Eine Ersatzanfrage in den Brivatwirtschafthal-
tungen würde überraschende Ergebnisse haben. Viele sind auf
Jahre hinaus mit Schuhwerk versehen. Sie haben nichts zu
bedauern, es wäre denn, man würde das, was sie zu viel be-
sitzen, dem Allgemeingebrauch zuführen. Das zu tun, wäre ganz
in der Ordnung. Es wird aber nicht geschehen. Mit den Leuten,
die nur vom Durchhalten reden, wird man es nicht verderben.

Vorsicht beim Sammeln von Pilzen. Das Kaiserliche Gesund-
heitsamt berichtet im neuesten Heft seiner „Veröffentlichungen“:
Die Zahl der im Deutschen Reich alljährlich beobachteten Pilzver-
giftungen ist verhältnismäßig groß und mahnt — es erwünscht es
auch ist, möglichst alle von der Natur gebotenen essbaren Pilze für
die menschliche Ernährung zu verwerten — zur Vorsicht beim Ein-

sammeln von Pilzen. Nach Zusammenstellungen des Gymnasial-
oberlehrers Dr. G. Dietrich-Kreslau in den Berichten der Deutschen
Botanischen Gesellschaft betrug die Zahl der in den Jahren 1915
und 1916 im Deutschen Reich an Pilzvergiftungen Verstorbenen
ungefähr je 100. Die allermeisten Erkrankungen auch in den bei-
den letzten Jahren waren jedoch nicht — wie häufig angenommen
zu werden scheint — auf den Genuß verdorbener, sondern
zweifelloso auf den giftiger Pilze zurückzuführen, die in der
Mehrzahl der Fälle von den Erkrankten selbst gesammelt worden
waren. Die meisten Todesfälle wurden durch den gefährlichsten
aller Giftpilze, den Knollenblätterpilz (Amanita phalloides)
verursacht, der auch in einer grünen Spielart vor-
kommt und häufig mit dem Grünling (Grünreißer, Tricholoma
equestre) verwechselt wird. Ferner sind Todesfälle hervorgerufen
worden durch den Genuß des Giftreizlers (Lactaria tormi-
nosa), des weinroten, im Jugendzustand weiß aussehenden Ja-
serkopfes oder Rispilzes (Sarcocybe frumentacea), der mit dem
Egerling (Champignon) verwechselt worden ist, und durch den Ge-
nuß von Lorcheln (Gyromitra esculenta, im Volk als Mor-
chel bezeichnet). Beachtenswert ist, daß dieser in vielen Blättern
als ungefährlich bezeichnete Pilz im vergangenen Jahre wiederum
eine Anzahl tödlicher Vergiftungen verursacht hat. Die Beobach-
tungen hierüber und auch später an Tieren vorgenommene Versuche
haben in Bestätigung früher gefundener Tatsachen gelehrt, daß
die Lorchel in jedem Fall unschädlich ist, wenn der
Pilz abgekocht und das Kochwasser weggeschöpft
wird. Letzteres darf keinesfalls — auch nicht in Suppen
oder als Würze — zu Genußzwecken verwendet werden. Das ein-
fache Abbrühen der Lorchel genügt nicht. Durch das
Abbrühen wird dem Lorchelpilz seine schädliche Wirkung selbst dann
nicht genommen, wenn das Brühwasser abgeseigt wird; im Tier-
versuch zeigte die abgekochte Lorchel nach wie vor ihre Giftigkeit.
Dagegen hat sich bei Versuchen am Tier der einige Minuten
lang abgekochte Lorchelpilz nach dem Wegschütten des Koch-
wassers als ungiftig erwiesen während das Kochwasser schädlich
wirkte. Ganz irrig ist bei der Beurteilung der Genußbarkeit
von Pilzen die leider noch immer weit verbreitete Anschauung,
daß es allgemein gültige Erkennungszeichen für essbare oder gift-
ige Pilze (Vorhandensein von Milchsaft, flebrige Beschaffenheit
des Hutcs) und Prüfungsmittel (Braumärbung eines silbernen
Löffels, Verfärbung einer Zwiebel) gäbe. Allein die ge-
naue Kenntnis der besonderen Merkmale der
einzelnen essbaren und giftigen Pilze schützt vor
schädlichen Folgen des Pilzgenusses.

Das Lübecker Museum für Kunst und Kulturgeschichte birgt
in seinen schönen altertümlichen Räumen eine Fülle kostbarer und
wertvoller Kunstschätze, die zeigen, in wie hoher Blüte Kunst und
Gewerbe in unserer alten Hansestadt bereits vor vielen Jahr-
hundertern standen. Im Keller des alten St.-Annenklosters
finden die Besucher des Museums das bedeutendste Werk des hervor-
ragenden Lübecker Malers Hermann Rode, dem Lukasaltar, der
1484 als Altar des Malerams in der Katharinenkirche aufgestellt
war. Die Geschichte: vom heiligen Lukas, dem Maler, dem nach
der Legende die Maria selbst zu einer Sitzung für das erste Ma-
donnenbild erschienen ist, bildet das Motiv des mehrteiligen Ge-
mäldes und des Schnitzwerkes des Altars. Hierzu wenig passend
erscheint der Staff:unterlag unter dem Altarstein, die Predella,
die im Jahre 1662 mit Szenen vom harnherigen Samariter ver-
sehen wurde, welche nach Rembrandtschen Vorlagen ausgeführt
sind. Rummelt ist es durch Zufall gelungen, die von Hermann
Rode selbst geschaffene Predella aufzufinden, die sich hinter der-
jenigen von 1662 auf einem Brette gemalten verborgen befand.
Sie zeigt eine Christusfigur und vier Kirchenväter und harmo-
nisiert sowohl in ihrer prächtigen reichlichen Ausführung wie be-
züglich der ganzen Art des Dargestellten durchaus mit den Haupt-
gemälden des Altarbildes. Allerdings weist sie einige Beschä-
digungen auf. 255 Jahre war das Werk menschlichen Händen ent-
zogen. Daß man sich jetzt daran erfreuen kann, ist neben Herrn
Museumsdirektor Dr. Schäfer vor allem dem Museumsoberräucher
Ludmann zu danken.

Als wertvolle Neuerwerbung des gleichen Museums ist noch
ein großer Stöckelständer Ofen herbeizuführen, der für die künst-
lerische Leistungsfähigkeit unseres Töpfergewerbes ein gewichtiger
Zeuge ist. Er stammt aus dem Jahre 1773 und wurde jetzt durch
das Museum auf einem medlenburgischen Gute angekauft. Weiter
sei erwähnt ein sehr schön gearbeiteter silberner Traubenbecher,
eine aus dem Nachlaß von Grammann stammende altertümliche
Tür mit Zülfung, die gute Holzschneiderei aufweist, sowie in der
prähistorischen Abteilung des Museums ein sogenannter Küchen-
abfallhaufen, dessen Bestandteile an den Ufern der Trave in der
Nähe von Ohresloe aufgefunden wurde. Herr Ernst Albert hat
ihn gefastet wieder zusammengesetzt, so daß man darin auch die
aus der Steinzeit stammenden Gezeute sehen kann.

Die Wohltätigkeitskonzerte der Regimentskapelle und des
Kameradschaftsbundes nähern sich ihrem Ende! Vom herrlichsten
Wetter begleitet, — hoffentlich bleibt es dabei — zahlreich be-
sucht von befallenen und befreudigten Mitbürgern, ein voller künst-
lerischer und materieller Erfolg. Trotz alledem ist das glänzende
Ergebnis des Vorjahres noch nicht voll erreicht, doch die letzten
Konzerte Dienstag in der Waldhalle und Mittwoch in der Forst-
halle sollen und werden es schaffen. In mancher Familie, der
der Ernährer geraubt, herrscht schwere Sorge. Ihr zu Steuern

ist der Zweck der Hinterbliebenenstiftung; weitere, dringend not-
wendige Mittel zu beschaffen, ist das Bestreben der Zeitschriften.
Da sollte niemand hier in der Heimat verärgern, nach seiner
Kräften teilzunehmen an der Abtragung der nie zu tilgenden
Dankeschuld. An alle ergeht die freundliche Bitte; kommt und
gebet! Gebet den freiwilligen Helferinnen und Helfern, die auch
die Sammelbüchsen reichen und bedenken: viele Wenig mache
ein Viel. Wer mehr tun kann und will, der benutze die bei allen
Banken eingerichteten Bankkonten, auf die schon namhafte Be-
träge, u. a. von Er. Magnifizenz Herrn Bürgermeister Dr. Fehling
dem Schirmherrn der Veranstaltung, angewiesen sind. Dann wird
ein voller, dem vorjährigen gleichwertiger Erfolg sicher erzielt
werden; dann können die zur Front zurückkehrenden Mitglie-
der der Kapelle berichten, nicht nur von schönen, friedvollen Urlaubst-
tagen, sondern auch von der außerordentlichen Dankbarkeit der
Heimat, die allezeit eingedenk ist und bleiben wird der Mahnung,
Vergeht die teuren Toten nicht!

Zur Schlichtung des Geschäfts von Humpel in der Burg-
straße wegen Wuchers ersucht uns der Inhaber desselben, mitzu-
teilen, daß ihm kein Gewerbe als Wils-, Feitwaren-, Geflügel-
u. m. Händler sein entzogen worden sei und daß bei ihm von
Wucherpreisen keine Rede sein könne. Das würde die Zukunft
(wohl die Gerichtsverhandlung) lehren.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Monat Juli in
77 Fällen gemeldet. Davon betrafen 56 Fälle Diphtherie (2 da-
von tödlich verlaufen), 10 Typhus (1 tödlich), 6 Masern und
5 Scharlach.

Sarburg. Ein Opfer seines Verwunders wurde der
Lokomotivführer Dunte aus Kirchmalde. Er hatte von Wilhelm-
burg einen Güterzug nach Kirchmalde zu bringen. Während der
Fahrt schickte er sich beim Bahnhof Klocken zu weit aus der Loko-
motive und wurde nun von einem Ausfahrtsortsmann erfasst, das
ihn herunterriß und zu Boden schleuderte. Der Verunglückte erlitt
einen schweren Schädelbruch und starb an den Folgen der Ver-
letzung.

Neumünster. Ein schrecklicher Unglücksfall mit
tödlichem Ausgang ereignete sich in den Lederverken Wieman,
wobei der 17-jährige Gerbereiarbeiter Hermann Bornhöft in die
Transmission geriet. Der linke Arm wurde dem jungen Mann
aus dem Gelenk herausgerissen, beide Beine sind ge-
brochen. Bistig macht fürzte der übrige Körperteil zu Boden,
während die Kleidung an der Transmission festsaß.

Gewerkschaftsbewegung.

Zerplitterungsarbeit in den Gewerkschaften. Die Drisen-
verwaltung Jena des Metallarbeiter-Verbandes nahm am vergan-
genen Mittwoch den Beschluß über den Verbandstag in Köln ent-
gegen. Nach dem „Gothaer Generalanzeiger“ hekte der Delegierte
die Mitglieder durch eine Reihe großer Unwahrheiten auf. So
erzählte er unter anderem, der Vorsitzende der Generalkommission
der Gewerkschaften, Legien, habe in Köln gesagt: „Lieber eine
Trennung als ein friedliches Zusammenarbeiten!“ Weiter be-
hauptete er, daß nach Schluß der Generalversammlung eine ver-
trauliche Sitzung stattgefunden habe, in der dem Vorstand des
Verbandes ein Mißtrauensvotum ausgestellt worden sei, weil er
630 000 Mark Kriegsanleihe gezeichnet habe. Diese Art der Be-
rätigung hatte die zu erwartende Folge: die Versammlung
beschloß mit großer Mehrheit, die Beiträge an den Hauptvorstand
zu sperren, bis Aufklärung erfolgt sei. Selbstverständlich scheidet
eine Lokalverwaltung, die keine Beiträge an den Hauptvorstand
zahlt, damit ohne weiteres aus dem Verbandsaus. Ihre Mit-
glieder verlieren alle Unterstützungsansprüche. Der Streit dar-
über, ob vielleicht zu viel Geld in Kriegsanleihen angelegt sei
und dadurch die Flüssigkeit der Verbandskasse für kommende
Kämpfe bedroht werden könnte, ist wirklich ein jammervoll gering-
fügiger Vorwand für eine so schmachvolle Zerplitterungsarbeit.
Man kann nur hoffen, daß die Jenaer Metallarbeiter rechtzeitig
zu vernünftiger Einsicht zurückkehren.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. August. (Amtlich.) Im Speergebiet um Eng-
land wurden durch unsere U-Boote wiederum 21 000 Buntlos
Registertonnen vernichtet.

Unter den verletzten Schiffen befanden sich der bewaffnete
englische Dampfer „Ventsula“ (1884 Tonnen) mit Kohlen und
Stückgut von England nach Bissabon, ferner ein großer durch vier
Bewachungsjahre gesicherter Dampfer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“
und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für
den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung,
Verleger: E. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung

über die Größe des Einheitsbrotcs.

In Abänderung seiner Bekanntmachung vom 3. März 1917
bestimmt das Polizeiamt:

Das Einheitsbrot darf gebäcken werden
in Stücken von 1300 Gramm zum Preise von 55 Pfg.
1600 „ „ „ „ 57 „
500 „ „ „ „ 30 „

Die Bekanntmachung vom 8. Mai 1917 über die Größe des
Einheitsbrotcs wird aufgehoben. (2183)

Lübeck, den 11. August 1917. Das Polizeiamt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.
Als weiteres Opfer des
Weltkrieges fiel unser lieber
der Vater
Heinrich Oldenburg.
Wir werden demselben
ein ehrendes Andenken be-
wahren.
2154) Die Lokalverwaltung.

Kutscher
Reisen führt ein (2190)
Theodor Lüders & Hintz,
Seefersgrabe 48.

Stadthallen-Sommertheater
Dienstag, den 14. August 1917:
Anfang 8 Uhr:
Abschiedsvorstellung für
Paul Wiegner:
Gastspiel von Arns Böh vom
Hoftheater Schwerin:
Helmat.
Schauspiel v. H. Sodenmann.
Mittwoch, den 15. Aug. 1917:
Anfang 8 Uhr
Die Fahrt ins Glück.

Uhr-Reparatur.
Billige Preise. (2180)
Dr. Anwald in Wand-
loch. Vork. und
Taschenuhren.
Hermann Voß,
Händler, Lübeck, 11.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die traurige
Nachricht, daß unser einziger, innigstgeliebter herzens-
guter und strebsamer Sohn, der Reservist (2187)
Johannes Rieper
im. Pionier-Komp., Inhaber des Eis. Kreuzes und des
Lübeckischen Hansaten-Kreuzes, seit 34 Monaten im Felde,
am 3. August bei einem Sturmangriff auf dem westlichen
Kriegsschauplatz im 25. Lebensjahr den Heldentod erlitten
hat. Dies zeigen an in tiefem Schmerz seine Eltern
Heinrich Rieper und Frau
geb. Steffen.
Lübeck, den 13. August 1917.

Waldhalle, Bad Schwartau.
Wohltätigkeits-Konzert
der aus dem feste beurlaubten Kapelle des
Regiments „Lübeck“ (No. 162) unter Leitung des
Obermusikmeisters Herrn Fl. Glasnitzer
Dienstag, den 14. August
Schlufkonzert in der **Waldhalle.**
Anfang 4 Uhr nachm.
Eintritt 50 Pfg. Militär 20 Pfg.
Abschieds-Konzert
am
Mittwoch, dem 15. August
in der **Forsthalle in Israelsdorf.**
Der Ausschuß.

Deutsch. Holzarbeiterverbd.
Zahlstelle Lübeck.
**Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung**
am Dienstag, dem 14. August 1917
abends 8 1/4 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
**Abschluß der zentralen Verhandlungen u.
ihr Erfolg für unsere Zahlstelle.**
2185 Die Lokalverwaltung.
Allen denen, die meiner lieben
Frau, unserer guten Mutter und
Großmutter beim Hinscheiden
die letzte Ehre erwiesen, sagen
wir hiermit unsern besten Dank.
Heinrich Kaehding
und Kinder. 2191
Kleine 1- od. 2-Zim.-Wohn.
mit Küche zu sofort od. 1. Sep-
tember gesucht. Ang. unt. V 65
an die Exp. d. Bl. (2188)
Zu kaufen gesucht (2181)
**Hausstandslampen, Knochen,
Eisen, Papier, Zeitungen,**
zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Wallenb. 25.
Telephon 2430.
Hansa-Theater.
Heute abend 8 Uhr: (2182)
Zum letzten Male:
Eine gefallene Frau.

Der deutsche Städtetag und die Kohlensteu- er auf die Minderbemittelten.

Am 1. August ist die Kohlensteuer in Kraft getreten, die alle Kohle mit einer Reichssteuer von 20 Prozent vom Werte belegt. Nur die Hausbrandkohle der Minderbemittelten sollte lediglich 10 Prozent Steuerzuschlag tragen, sofern die Städte die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen dafür treffen, daß diese geringere versteuerete Kohle wirklich an die Inhaber der Kleinwohnungen abgegeben, und nicht weiter veräußert wird. Wie ebenfalls bereits bekannt, hat der Ausschuss des deutschen Städtetages beschließen, von dieser Gelegenheit keinen Gebrauch zu machen, sondern auch die Minderbemittelten die volle Wucht der Kohlensteuer tragen zu lassen.

Die Kohlensteuer wird etwa 500 Millionen Mark erbringen; davon entfallen auf den Hausbrand der Minderbemittelten 25 Millionen Mark. Diese 25 Millionen Mark wollte der deutsche Reichstag den breiten Massen in Deutschland retten, aber entgegen dem Willen der Reichsregierung reißt sie ihnen der deutsche Städtetag wieder aus der Tasche. Das ist nicht nur unsozial im höchsten Grade, sondern auch eine Auflehnung gegen die Reichsregierung, die sich der deutsche Reichstag unter keinen Umständen bieten lassen darf, wenn er nicht an Selbstachtung einbüßen soll.

Es muß im höchsten Maße interessieren, wie der deutsche Städtetag zu seiner merkwürdigen Entscheidung gekommen ist. In der Hauptauschussung vom 16. Juni 1917 erstattete über den Gegenstand der Riefer Oberbürgermeister Lindemann Bericht. Er betonte zunächst, daß für die Gemeinden keine Möglichkeit gegeben sei, die Kohlen — von der Steuer einmal abgesehen — billiger zu beziehen, als der Großhandel sie liefert. Die sozialdemokratische Partei hätte im Reichstag beantragt, die Zechen gesetzlich zu verpflichten, daß sie den Gemeinden die Kohlen zum ersten (billigsten) Verkaufspreis liefern müßten. Das sei nur folgerichtig gewesen, und hätte der Reichstag diesen sozialdemokratischen Antrag angenommen, so wäre alles gut. Da er aber abgelehnt worden sei, bekamen die Städte die Kohlen eben nicht billiger als der Großhändler.

Soweit stimmen wir mit dem Oberbürgermeister Lindemann durchaus überein; die Zweckmäßigkeit der sozialdemokratischen Anträge wird leider von den bürgerlichen Herren oft erst spät erkannt. Unannehmbar ist für uns hingegen die Schlussfolgerung, welche die Stadtherren nun weiterziehen. Sie sagen, daß sie die Kohlen nicht billiger einkaufen könnten als der Großhändler am Platz; die Mühe und Kosten, welche die Gemeinden mit den Kohlen hätten, müßten sie also auf den Kohlenpreis draufschlagen dürfen. Weil der Bundesrat dieses verboten und bestimmt hat, daß der Gesamtbetrag der Steuerermäßigung den Minderbemittelten zugute kommen muß, wollen die Bürgermeister nun überhaupt nicht mitmachen und lieber den Armen die Kohlen um weitere zehn Prozent verteuern. Diese rein negative Haltung auf Kosten der Armen begründete Oberbürgermeister Lindemann mit folgenden Worten:

„Wenn man ein Vorgehen der Steuergesetzgebung wie im vorliegenden Fall für richtig hält, so muß der Staat von sich aus die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen; es kann und darf nicht der einzelnen Gemeinde zugemutet werden, daß sie aus Gemeindefondmitteln, letzten Endes also aus den Gemeindesteuern Beträge zur Verfügung stellt, um bestimmte Bevölkerungsklassen mit bestimmten Lebensmitteln billig zu versorgen. Das ist ein Grundsatz von erheblicher Bedeutung. Denn wenn es auf irgend einem Gebiete erst anerkannt ist, daß es Sache der Gemeinde ist, irgend einen Kreis der Bevölkerung Gegenstände des täglichen Lebensbedarfs auf Kosten der übrigen steuerzahlenden Bevölkerung billiger zu liefern, so kommen wir auf eine schiefse Ebene.“

Machten also die Gemeinden von der Bestimmung des § 6 des Kohlensteuergesetzes Gebrauch und lieferten sie den Minderbemittelten billigere Kohle, so hätten sie dadurch gewisse Unkosten. Diese wären nicht sehr erheblich; denn geht in der Kriegszeit müssen ja die Städte sowieso die Kohlenverteilung in die eigene Hand nehmen. Aber der Städte-

tag beruft sich darauf, daß die Kohlensteuer wahrscheinlich über den Krieg hinaus in Kraft bleiben wird. Die Kosten der billigeren Versorgung der Minderbemittelten müßten also aus allgemeinen Steuermitteln, aus der Gemeindefiskussteuer bestritten werden, und dann müßten die Reichen in allen deutschen Städten vielleicht jährlich 250 000 Mark oder auch unsertwegen 2,5 Millionen Mark an Steuern mehr aufbringen, damit die Armen die Kohlen um 25 Millionen Mark billiger bekommen könnten. Um den Reichen diese winzige Steuerlast zu ersparen, hält Oberbürgermeister Lindemann und ihm folgend einstimmig der Städtetag die Durchführung des ganzen § 6 für unangebracht. Um des Prinzips willen mag er nicht den Reichen eine Last auferlegen, damit den Armen eine vielmal größere Last erspart bleibe, sondern will lieber die Armen ordentlich zahlen lassen, selbst gegen die Bestimmung des Reichsgesetzes.

Zügen wir hinzu, daß Dr. Lindemann gegen die billigere Versorgung der Armen mit Kohlen durch die Städte auch das Interesse des Kohlenkleinhandels ausspielt, der nicht geschädigt werden dürfe, so haben wir ein geradezu erschreckendes Bild antisozialer Gesinnung und Bequemlichkeit. Der bisherige Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander, der neue Leiter des Reichswirtschaftsamtes, verdankt seine allgemeine Beliebtheit in Straßburg vor allem dem System der Lebensmittelversorgung mit abgestuften Preisen, welches er in der elsässischen Hauptstadt durchgeführt hat: den Minderbemittelten wurden die Lebensmittel billiger geliefert und bei den Reichen dafür ein Zuschlag genommen. Der deutsche Städtetag lehnt diese vernünftige und soziale Einrichtung, um des Geldbeutelns der Besitzenden wegen grundsätzlich ab. Hoffentlich findet Dr. Schwander in seinem neuen Amt die Kraft, seine guten Willen für die Minderbemittelten, welcher der Wille des Reichsgesetzgebers ist, gegen die Beschränktheit seiner Bürgermeisterkollegen rücksichtslos durchzusetzen. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Stadtverordneten, die Gewerkschaften und Genossenschaften und die Mehrheitsparteien des deutschen Reichstages wird er dabei auf seiner Seite haben.

In der jüngsten Erinnerungsfeier an den 4. August 1914 pries der Vorsitzende des Städtetags Oberbürgermeister Vermuth die sozialen Leistungen der Gemeinden während des Krieges und sagte hinzu, das alles sei nur klein und winzig gegenüber dem, was die Städte unglaublich schnell und kraftvoll nach dem Krieg leisten würden; da würden sie begeisterte, unbegrenzte Verehrer des unaufhaltsamen Vorwärtsschreitens sein. Bisher haben wir von solchem Geist wahren Fortschritts in den Städten, voran Berlin, nichts, garnichts bemerkt; am wenigsten bei der Kohlensteuer. „Bei Fehrstellin hat er das nicht bewiesen.“ Wir glauben auch nicht daran, daß die Städte in ihrer jetzigen Verfassung wirklich sozial und fortschrittlich wirken können. Die Neuorientierung und Demokratisierung muß, um fruchtbar zu sein, unten bei den Städten anfangen. Je gründlicher sie dort wird, um so leichter werden sich nachher in Staats- und Reichsverfassung alle Schwierigkeiten überwinden lassen. Ein Symbol dafür, daß die innerpolitische Neuordnung vor allem bei den Gemeinden beginnen muß, wird der Kampf um diese Kohlensteuer sein: die Stadtverwaltungen müssen gezwungen werden, dem Willen der Reichsregierung sich zu unterwerfen und den Minderbemittelten billigere Kohlen zu liefern.

Die neue russische Koalitionsregierung.

Von einem gut unterrichteten und ruhig urteilenden russischen Genossen wird uns geschrieben:

Die neue Kerenski-Regierung, der die Sozialisten Stobelew (Sozialdemokrat), Awfentjew (Sozialist-Revolutionär), Tschernow (Sozialist-Revolutionär), Beschelenow (Volkssozialist), Protopopow (Volkssozialist) und — soweit man ihn überhaupt noch als Sozialisten anzusprechen vermag — Kerenski (Arbeitsgruppe) angehören, ist ein offenkundiges Verlegenheitsministerium, das unmöglich von langer Dauer wird sein können.

Das Zustandekommen dieser Regierung hat lange genug gedauert und zeigt am besten, mit welchen Schwierigkeiten Kerenski bei der Bildung dieses Kabinetts zu kämpfen hatte. Am bedeutungsvollsten erscheinen uns an der neuen Regierung nicht die neuen Männer, sondern das Ausschneiden Zeretellis. Als Kerenski der Posten des Ministerpräsidenten angetragen wurde, erbat er sich zunächst eine kurze Bedenkzeit und, wie damals russische Blätter zu berichten wußten, „erst nach Rücksprache mit seinem Freunde Zeretelli“ erklärte er sich zu der Uebernahme dieses Amtes bereit. Und Zeretelli selbst, der seine Bereitwilligkeit gegeben hatte, neben dem Posten eines Ministers für Post und Telegraphen auch noch das wichtige Amt eines Innenministers zu übernehmen, scheidet einige Tage später ganz aus der Regierung aus. Noch sind die Motive seines Rücktritts nicht bekannt, aber man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der neueste Kurs, die immer klarer zutage tretenden diktatorischen Gelüste Kerenskis, die unsagbar niedrigen und unsauberen Mittel, mit denen heute das ehrenabnehmende Kesseltreiben gegen die oppositionellen Bolschewiki mit Billigung und Förderung der Regierung betrieben wird und nicht zuletzt der ständig anwachsende Einfluß der Kadetten auf die Regierung Zeretelli veranlaßt haben, von seinem Posten zurückzutreten. In ihm vertritt Kerenski einen Mitarbeiter von überragendem Einfluß im A- und S-Rat, eine außergewöhnliche Arbeitskraft, einen Mann von vornehmerm Charakter und lauterer Gesinnung, einen der glänzendsten Redner, den die russische Sozialdemokratie aufzuweisen hat. Auch den bürgerlichen Kreisen wird der Rücktritt Zeretellis nicht gerade willkommen sein, denn sie wußten, daß er es war, der im A- und S-Rat am überzeugendsten und erfolgreichsten gegen die äußerste Linke aufzutreten verstanden hatte. Sie hätten ihn gewiß gern und auch weiter mit dem Amte eines Ministers im Koalitionsministerium belastet, für das Zusammenarbeiten mit den Kadetten eintreten sehen. Von sozialdemokratischer Seite verbleibt somit im Ministerium nur noch der Leiter des Arbeitsministeriums Stobelew, der bei all seiner Tüchtigkeit bei weitem nicht das Ansehen Zeretellis genießt, weder in sozialistischen noch in bürgerlichen Kreisen.

Die Kadetten glaubten bereits soweit wieder Oberwasser zu haben, daß sie für den kürzlich vom Posten eines Oberbürgermeisters von Moskau zurückgetretenen Kriegsheer Awfentjew das Portfeuille des Innenministers und für den bekannten nationalistischen Moskauer Rechtsanwalt Teslenko das Portfeuille des Justizministers forderten. Beide haben während des Krieges von dem Platten das Platteste, von dem Seichten das Seichteste an kriegsheerlichem Geschwätz von sich gegeben, und die Berufung dieser beiden Männer würde in der Tat eine kräftige Herausforderung aller bedeuten haben, die den Frieden herbeiführen wollen. Nebenbei bemerkt ist es nicht uninteressant, daß Kerenski gleich nach seiner Berufung zum Justizminister in die erste provisorische Regierung Teslenko zweimal das Amt eines Unterstaatssekretärs im Justizministerium angeboten, daß dieser jedoch beide Male abgelehnt hat. Der saubere Plan der Kadetten ist also, vorläufig wenigstens, mißlungen. Das Amt des Justizministers wurde dem Rechtsanwalt Sarudnji, einem bekannten, sehr geschätzten und geschätzten Rechtsanwalt ukrainischer Abstammung, übertragen, der politisch bisher kaum hervorgetreten ist und ein sog. unbefriedigtes Blatt bildet. Das wichtige Amt des Innenministers wurde dem Mitgliede des Exekutivkomitees der Bauernräte Awfentjew übertragen, was um so bedeutsamer ist, als Awfentjew ein Partei- und Gesinnungsgenosse des Ackerbaueministers Tschernow ist, gegen den die Kadetten ganz besonders intrigiert und dessen Rücktritt sie leidenschaftlich gefordert haben. Kerenski dürfte ihn jedoch nicht fallen lassen, da er sonst inmitten aller Schwierigkeiten auch noch den Ausbruch von Bauernunruhen hätte befürchten müssen. Der Name Tschernow bedeutet für die Bauernschaft ein Programm. Sein Rücktritt würde die Bauern, die schon sowieso an dem ersten Willen der Regierung, die wiederholt und feierlich angeforderte Landaufteilung auch wirklich durchzuführen, zu zweifeln beginnen, auf das höchste erregt haben. Solange Kerenski an der Idee seiner Koalitionsregierung festhält, ist es für ihn schließlich unmöglich, auf die Unterstützung der Partei der Sozialisten-Revolutionäre zu verzichten, die, wie die letzten Stadtverordnetenwahlen in Petersburg und Moskau lehren, auch in den beiden Residenzstädten über eine äußerst zahlreiche Anhängererschaft verfügen. In Moskau z. B. hat die Partei 58 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf die Parteikandidaten vereinigt, und in beiden Städten sind Sozialisten-Revolutionäre zu Oberbürgermeistern gewählt worden.

Das will natürlich nicht belegen, daß dem Einfluß der Partei im Lande auch der Einfluß in der Regierung entspricht. Der Protagonist Tschernow, der ursprünglich für das Amt des Justizministers auserselben war und es bereits einige Tage lang bekleidet hat und

Bäuerin und Gräfin.

Von Theodor Mügge.

28. Fortsetzung.

Wirklich? Sollten wir alle ein solches Geschäft besichtigen müssen?

Der Major drehte seinen Nis um und grinst fanatisch. Es mag jeder bei sich unterfragen! Ichrie er. Die Frau Gräfin wird's am besten wissen. Wird eine Extrafreude in Mariahall sein, wenn Sie hinaus kommen!

Das ist die Absicht der gnädigen Frau wohl nicht, fuhr der Baron fort. Wir denken noch heut unsere Reise nach Italien fortzusetzen, wo wir längere Zeit verweilen werden.

Wie geht es in Mariahall? fragte Lydia ihn unterbrechend.

Wie befindet sich der Graf?

Ich denke, nicht schlechter als gewöhnlich, erwiderte Herr Murhard; aber ich bin lange nicht draußen gewesen, denn ich hab's jetzt getreut. Wo die Vernunft aufhört, will ich nichts weiter zu schaffen haben.

Ein gewiß zu beherzigender Grundsatz, dem man beistimmen muß, erwiderte der Legationsrat.

Wo ist Babette? fragte Lydia.

Die hat es nicht so gemacht wie andere Leute! Ichrie der Major mit seiner gewöhnlichen Grobheit, hat sich nicht trocken lassen, und darin liegt mein Aergernis. Am dritten Tag darauf, wie die Geschichte geschah war, und alle guten Leute die Köpfe schüttelten und Klagen die saubere Wirtschaft an, ging ich hinaus, nahm's Bäckel bei Geiß und hielt nicht zurück mit meinen Absichten. Das ist ein verlorenes Haus, sagt ich, wer dazwischen bleibt, muß dulden, daß man mit Fingern auf ihn weist, also komm mit mir und mach' mit der Wirtschaft ein Ende. Schlecht haben sie beide an dir gehalten; so hör mich an. Nimm mich dafür mit allem, was ich habe, ich will's dir vergelten, so viel ich vermag.

Und dies Glück hat sie ausgeschlagen!

Wie eine Gans, die ins Feuer läuft! Wenn ein Haus wankt, wenn man in guter Zeit gewohnt, sprach sie, und wenn die Leute darin Hunger und Verzagen, muß man sie nicht verlassen. Also danke ich Euch, wie gut! Ihr es auch meint, denn ich kann's nicht ermahnen.

Geh's dem Grafen nicht gut? fragte die Gräfin.

Es ist vorbei mit allem alten Glück, und wenn das Bäckel nicht wäre, könnte das äußere Ansehen längst nicht mehr gehalten werden. Bei der Auseinandersetzung mit seinem Sohn hat der alte Herr eine unvernünftige Grobheit bewiesen, hat ihn den Lobeshof abgetreten mit allem Land und aller Einrichtung, statt ihn davor hinauszujauchzen und das ganze vornehmlich zu verkaufen, und billig gewesen wäre.

Sind sie nicht verlobt?

Bewahr's Gott! darin hält er fest, nicht vor die Augen darf er ihm kommen. Al' kein Flehen, und was das Bäckel im geheimen verliucht, hat nicht gefruchtet. Niemand darf den Namen vor ihm aussprechen.

Eine strenge, aber wohlverdiente Gerechtigkeit, sagte der Baron.

Alles hat seine Zeit, sagte Herr Murhard. An der Sache selbst ist nichts mehr zu ändern. Vorher hätte er Einsehen haben, hätte das Bäckel bedenken sollen. Jetzt wär's besser, wenn er Nachsicht üben wolle, damit der Sohn sich dankbar bewiese; aber ich glaube, er ging lieber in's Weite. Verschiedentlich schon hat er seine Bilder und Kunstfachen ausgetoben, doch viel zu hoch, ein wahrer Heidenpreis. Es kauft es keiner, es müßt' sich denn ein eßen solcher Narr finden, wie er selbst ist.

Wie hoch? fragte die Gräfin.

Da hab' ich's Blatt, da sieh's darin. Es ist ein Lachen darüber im ganzen Zürich.

Der Bauer im Lobeshof? Ichrie der Major. Nu, die Wahrheit zu sagen, ich bekomme die Zinsen für mein Geld, das ich darauf stehen hab', mit aller Rüksichtlichkeit, auf Tag und Stunde. So habe ich nicht zu klagen und andere auch nicht. Die Bäuerin hält Ordnung, und ein schmutz Frauenbild ist es. Es geht mancher nach, wenn's in die Stadt kommt. Das Geschäft treibt's eifrig, so kommt es vorwärts. Doch jetzt geht's nicht mit ihr, sekte er bebaglich grinsend hinzu, sie kann nicht fort.

Ist sie krank? fragte der Baron.

Der Major lachte auf. Es ist so eine Krankheit, die mit der Kindheit ihr Ende nimmt. Ein Bub' ist angekommen auf dem Lobeshof, doch der Großvater will auch von ihm nichts wissen. Sie haben es nicht einmal wagen dürfen, ihn anzumelden. Doch schauen Sie hin, da kommt der Bauer daher, den hat die Gemeinde zum Großrat gewählt, und das ist ein würdig Zeichen für die Achtung, in die er sich gehoben hat.

Der Zug der Kantonsräte kam die Stufen vom Münster herunter, und unter den ersten Paaren erblickte Lydia ihren Verwandten. Stattlich schritt er daher, den Kopf frei, das milde Gesicht so freundlich und jenseitlich, wie sie es kannte, aber gebräunter und männlicher, die Schultern breiter, die Gestalt kräftiger. Einen langen forschenden Blick warf Lydia auf ihn, dann verschüllte sie ihr eigenes Gesicht mit dem Randschleier ihres Hutcs.

Wollen Sie mir eine Bitte erfüllen, sagte sie zu dem Major.

Ihnen zu gefallen, will ich erfüllen, was Sie befehlen, verzückte er galant.

So erwarte ich Sie in einer Stunde in unserem Hotel und bin Ihnen dankbar dafür. Mit diesen Worten gab sie dem Legationsrat ihren Arm und entfernte sich, ehe der Zug den Platz erreichte.

So geschah es denn, daß am Nachmittage der Major in den Garten von Mariahall eintrat und plötzlich vor dem alten Herrn und vor Fräulein Babette stand. Der Graf saß in seinem Sessel, seine Füße waren mit Decken eingehüllt. Fräulein Babette saß ihm gegenüber am Tische und las ihm aus einem Buche vor, wobei sie fleißig strichelte. Der alte Herr war in dem einen Jahre viel älter geworden, viel fatter und verdorrter. Fräulein Babette dagegen sah noch größer und muskeltkräftiger aus. Der Bart auf ihrer Oberlippe sah dem Major noch schöner gewachsen, und die dunklen Augen noch energischer zu blicken. Wie sie ihn ansah, empfand er einen Respekt, der ihn hinderte, sich so anzumelden, wie er Lust hatte, nämlich in seiner Weise, mit einer gutgemeinten Grobheit, die auf das Haus- und Familienverhältnis Bezug hatte. Babettes Ansehen schien ihm dies zu verbieten. So nahm er denn seinen Hut ab und machte eine höfliche Einleitung, daß ein Freund einmal vorspitze, der es sich lange vorgenommen habe.

Sie sind wirklich seit einiger Zeit nicht bei uns gewesen, mein lieber Major, erwiderte der alte Herr, mit seiner gewöhnlichen Würdigkeit lächelnd; und er fügte einige andere allgemeine Fragen hinzu, welche das Wohlergehen des Majors betrafen.

Es lag jedoch alles so, als hätte der Gast vielleicht in einer Woche sich nicht blicken lassen, und wäre nicht sonderlich vermüht worden. Nicht die geringste Andeutung, daß etwas vorgefallen sein könnte, wodurch er behindert worden sei, kein Fremdan, keine Klage und kein scherzendes Wort. Der Major setzte sich auf den Stuhl, wo er sonst immer gesessen, der alte Christian kam mit einer Flasche Sektwein, wie sonst. Babette schenkte ihm ein und reichte ihm ein brennendes Zündhölzchen, um seine Zigarre anzuzünden.

Nach und nach wurde es dem Major unheimlich. Bei allem, was er erzählte, kam er immer bald auf einen Punkt, wo er abbrechen mußte, weil ihn Babette so ansah, daß er es verstand. Er sprach von der Fiskerei auf dem See, die in diesem Jahr besonders erträglich sei, da fiel ihm ein, daß die Gerechtigkeit, zu süssen, jetzt zum Lobeshof gehöre. Das Holz sei heutzutage teuer, und die schönen Büschen auf der Höhe das Dreifache wert. Das Bäckel schüttelte den Kopf. In Zürich sei heut der neugemachte Großrat eingezogen, und zu seiner Freude seien viele tüchtige Männer darin, die des Volkes Wohl bewahren würden. Da legte das Bäckel den Finger auf den Mund und tat eine Querfrage: ob er die Zeitung gelesen hätte?

Ich habe sie gelesen! Ichrie er ärgerlich, und weil ich sie gelesen habe, komme ich her. Sie wollen Ihre Bilderammlung verkaufen, Herr Graf, ich bin der Käufer.

(Fortsetzung folgt.)

Viktor Adler. Die Meldung von einer akuten schweren Erkrankung Viktors Adlers bestätigt sich erfreulicherweise nicht. Viktor Adlers Gesundheit ist seit langem erschüttert, aber eine besondere Verschlechterung seines Zustandes ist neuerlich nicht eingetreten.

Verständigung im Holzgewerbe.

Der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe, der bei den Verhandlungen vor dem Kriegssamt auf Arbeitgeberseite im Vordergrund stand, ist anscheinend von dem ergebnislosen Verlauf und dem am 27. Juni erfolgten Abbruch der Verhandlungen keineswegs befriedigt gewesen, denn er berief alsbald und zwar zum 3. August eine neue Generalversammlung seiner Ortsvertreter zusammen, um den in den eigenen Reihen vorhandenen Widerstand gegen eine friedliche Verständigung endlich zu überwinden. Diese Absicht hat der Vorstand des Schutzverbandes denn auch glücklich durchgesetzt, denn bald nach der Generalversammlung nahm er mit den Arbeitgebervertretern die Verhandlungen wieder auf. Die Unternehmer waren nunmehr bereit, dem von dem Verhandlungsleiter am 27. Juni gemachten Vermittlungsvorschlag zuzustimmen, womit die Verständigung — soweit es sich um die Zulagen für die männlichen Arbeiter handelte — in greifbare Nähe gerückt war. Aber ein mindestens ebenso wichtiger Punkt hatte noch vollständig der Lösung und der Kartete: Zulagen und Festsetzung von Mindestlöhnen für die Arbeiterinnen. Darüber ging nun der Streit wieder mit aller Schärfe von neuem los. Bei Fortsetzung der Verhandlungen am 8. August vor dem Kriegssamt kam jedoch auch in diesen Punkten eine Verständigung zustande. Es erhalten danach alle Lohn- und Akkordarbeiter eine weitere Teuerungszulage von 15 bis 20 Pfg. für die Stunde, je nach den einzelnen Tarifklassen abgestuft. In den ersten drei Tarifklassen, d. h. in allen Groß- und Mittelstädten beträgt die Zulage 20 Pfg., in der vierten Klasse beträgt sie 19, in der fünften 17 und in der sechsten Klasse 15 Pfg. Die Zulagen, die den Arbeiterinnen zu gewähren sind, betragen 15, 14, 13, 12, 11 und 10 Pfg. für die Stunde. Diese Zulagen treten sofort insoweit in Kraft, daß bei den Arbeitern ein Restbetrag von 5 Pfg. und bei den Arbeiterinnen ein solcher von 3 Pfg. pro Stunde verbleibt, welcher vom 15. September ab zu zahlen ist. Weiter kommt hinzu, daß die vertraglich festgesetzten Mindestlöhne der Arbeiter ebenso wie im vorigen Jahre sich um den Betrag der Teuerungszulagen erhöhen. Schwieriger war es, die Frage der Mindestlöhne für die Arbeiterinnen zu lösen, da es hierfür noch vielfach an geeigneten Unterlagen fehlte und auch sonst der erstmaligen Entscheidung einer solchen Frage große Hindernisse im Wege stehen. Immerhin werden die Arbeiterinnen in den Holzbetrieben durch die jetzt geschehene Lösung einen mächtigen Fortschritt in ihren Löhnen erreichen, nachdem insbesondere festgelegt ist, daß die normierten Lohnsätze als Mindestlöhne zu gelten haben und alle geübten sowie Facharbeiterinnen selbstverständlich einen entsprechend höheren Lohn zu beanspruchen haben. Die in Frage kommende Bestimmung der neuen Vereinbarung einschließlich der Teuerungszulagen betragen vom 15. September 1917 an die Mindestlöhne pro Stunde für

Table with 6 columns: Arbeiter, Arbeiterinnen, Tarifklasse, I, II, III, IV, V, VI. Values range from 105 to 45 Pfg.

1. Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren sowie für neu anzulernende Arbeiter und Arbeiterinnen in den ersten sechs Wochen ihrer Beschäftigung sind die Mindestlöhne in jeder Tarifklasse 10 Pfg. pro Stunde niedriger. Für jugendliche Personen unter 16 Jahren unterliegt die Lohnfestsetzung freier Vereinbarung.

Die Entschädigung für Montagearbeiten ist um 1,50 Mk. für den Tag erhöht mit der Maßgabe, daß der Mindestsatz 5,50 Mk. für den Tag einschließlich des Sonntags beträgt. Von besonderer Wichtigkeit ist auch die in die Vereinbarung aufgenommene Erklärung der Militärverwaltung in Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg, daß bei der Vergebung von Aufträgen die Einhaltung dieser Vereinbarung zur Pflicht gemacht wird. Auch wird das Kriegssamt den sämtlichen Arbeitgebervereinigungen der Holzindustrie die abgeschlossene Vereinbarung sofort zuzufinden und zu deren Anerkennung aufzufordern.

Damit ist zugleich ausgedrückt, daß die Vereinbarung für alle Arbeitgeber und Arbeiter des Holzgewerbes zu gelten hat. So wie der deutsche Holzarbeiterverband die Vereinbarung für sich als bindend anerkannt und alle Schwelbenden oder aufstrebenden Arbeitsdifferenzen auf dieser Grundlage beizulegen versuchen wird, haben nun aber auch die Arbeitgeber die Pflicht, sich der Vereinbarung anzuschließen und den Arbeitern und Arbeiterinnen die für die Gesundheit günstigen Verbesserungen und Zulagen unverzüglich und unverzüglich zuzugestehen.

In den Verhandlungen vor dem Kriegssamt waren sich die Arbeitgeber alle vollkommen in dem einen Punkt einig, daß nämlich die Militärverwaltung ihnen die Lieferpreise mindestens um so viel erhöhen müsse, als die neuen Teuerungszulagen ausmachten. Zweifellos werden die Behörden diesem Verlangen entsprechen müssen. Und schon zeigen sich die ersten Versuche auf Arbeitgeberseite, sich zwar vor der Anerkennung und Durchführung der beschlossenen Zulagen zu brüsten, andererseits aber die erhöhten Lieferpreise natürlich in Anspruch zu nehmen. Es wird nicht schwer sein, solchen Versuchen mit Erfolg zu begegnen und die Zulagen verlos durchzuführen, wenn die Holzarbeiter und nicht zuletzt die Arbeiterinnen sich ihrer eigenen Pflicht bewußt sind und ihre Organisation, den deutschen Holzarbeiterverband, in seinem unablässigen Bemühen um die Betreibung der Interessen seiner Mitglieder noch besten Kräften unterstützen.

Was hier von neuem geschaffen worden ist, kennzeichnet sich vor allen Dingen dadurch, daß es lediglich das Werk einer guten starken Organisation ist und sein kann. Möge es mit dazu beitragen, die geschlossene Macht der organisierten Arbeiterschaft weiter zu stärken.

Kommunales.

Holzarten. Der Magistrat von Spandau will Holzarten ausgeben, auf die im kommenden Winter jeder Haushalt einen halben Kubikmeter Brennholz zum Preise von 20 Mk. erhält. Die vorhandenen Holzvorräte werden jedoch auf diese Lieferung angewandt. Die Befreiung geschieht in der Weise, daß immer einzelne Straßen angefahren und häuserweise mit Holz versehen werden. Zunächst gibt es nur Klobenholz, später soll auch zerhacktes Holz zu entsprechenden Preisen geliefert werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Malzfabrikant, der sich selbst angeht. Der Malzfabrikant Zeiler in Rumbach zeigt selbst der Behörde an, daß er Malzschiedungen nach Norddeutschland vorgekauft habe. Die Staatsanwaltschaft in Bayreuth verurteilte ihn zu 40000 Mk. Geldstrafe.

Verurteilung wegen unzulässiger Nichterzehrungen. Nachdem in Danzig die militärbehördliche Aufsicht über die Getreideverteilung eingestellt ist, hat das Danziger Schöffengericht bereits mehrere Hauswirte wegen unzulässiger Nichterzehrungen verurteilt. Selbst bei Anrechnung von durch Veräußerung oder Tadelung erzielt geworbenen Erträgen darf eine Erzeugung des Getreides nur mit Genehmigung der Kommandantur erfolgen.

Verhaftung des Neutöbner Raubmörders. Freitag abend wurde der 17jährige Schneidergeselle Reinhard Werner, der, wie berichtet, seine Tante, die 44jährige Hausbesitzerin Luise Pösch durch Hammerschläge zu töten versuchte, in Neutöbner verhaftet. Er ist in vollem Umfang geistig. Eine Verwandte, der Frau Pösch sah Freitag abend in der Bergstraße den gesuchten Werner vor einem Gemüseladen stehen und veranlaßte einen Soldaten ihn festzuhalten und der Polizei zu übergeben. Bei seiner Verhaftung gab Werner zu, die Tat mit voller Überlegung ausgeführt zu haben. Er habe Geld gebraucht und den Plan gefaßt, sein Tante zu betäuben und zu berauben. Die Absicht der Tötung habe er nicht gehabt.

Karl Liebknecht sollte nach einer Meldung der „Berliner Abendpost“ im Gefängnis im Sterben liegen. Diese Nachricht ist erfreulicherweise falsch.

Die Verfehlungen eines Vizepostdirektors in Berlin sind jetzt bekannt geworden. Ihre Entdeckung liegt schon eine Weile zurück. Es handelt sich um den Vizepostdirektor Höp, der auf dem Bahnhofsamt 2 am Anhalter Bahnhof und in der Halleischen Straße 1 tätig war. H. ist seit Ende Juli vom Amt suspendiert. Er wird beschuldigt, in zahlreichen Fällen Feldpostsendungen namentlich soweit Lebensmittel in Frage kommen, in hohem Maße zu berauben zu haben. Man fand bei ihm mehrere Briefe vor, die H. angeblich zur Prüfung gehalten haben will. Höp, der verheiratet und Vater eines Sohnes ist, befreit die Beschuldigungen auf das entschiedenste.

Vom Fabrikfischweilen abgeführt. Fr. Maurer Brandt in Adlershof war dabei, einen auf dem Fabrikgrundstück der Firma Wolff Netter u. Jakobsohn sieben fertige, 60 Meter hohe Schornsteine zu bauen. Er verlor das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Er starb sofort. Der Vorgang gewinnt dadurch an Tragik, daß seine Frau, die ihm bei der Arbeit Handreichungen geleistet hatte, Augenzeugin seines Todessturzes war.

Ein Brand bei Berlin. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt: „Die von Neuter vor einiger Zeit verbreitete Nachricht über die Vorkommnisse beim Brand eines Arresthauses in einem Gefangenenzug bei Berlin beruht nach amtlichen Ermittlungen auf einer groben Entstellung der Tatsachen. Nach dem Neuterbericht soll den in dem brennenden Arrestlokal untergebrachten Gefangenen nicht nur verweigert worden sein, die Zellen zu öffnen, sondern der Nachposten soll sogar einen Engländer, der sich durch das Fenster retten wollte, mit seinem Bajonett an seiner Lebensrettung verhindert und andere Gefangene getötet haben. Außerdem soll ein allgemeiner, nur mit Anwendung äußerster Gewalt niedergebalkener Aufruhr ausgebrochen sein. Demgegenüber wird festgestellt, daß es unwahrhaftig ist, daß den Gefangenen das Öffnen ihrer Zellen verweigert wurde. Ebenso ist unwahr, daß ein Posten einem Engländer, der sich retten wollte, das Bajonett in die Brust steckte, und daß andere Gefangene, die sich retten wollten, von den Posten getötet wurden. Es ist im Gegenteil seitens der Posten und der Aufseher unter eigener Lebensgefahr alles geschehen, um den Gefangenen Hilfe zu bringen. Das Feuer und der Qualm griffen aber so rasch um sich, daß es nicht möglich war, alle Gefangenen zu retten. Die Nachricht, daß im Anschluß an den Brand ein Aufruhr der Gefangenen stattgefunden habe, ist ebenfalls erfunden.“

Zu dieser nachträglichen Aufklärung eines bisher unheimlicher Weise geheimgehaltenen Unglücksfalles sagt zutreffend der „Vorwärts“: „Wäre es nicht besser gewesen, die Welt wäre rechtzeitig mit einem richtigen Bericht über dieses beklagenswerte Unglück versehen worden? Müßten wir erst durch Neuter erfahren, daß es bei Berlin geschehen hat und daß dabei Menschen ums Leben gekommen sind?“

Eisenbahnunfälle. Ein Eisenbahnunfall, bei dem 60 Personen verletzt wurden, hat sich auf der Arenalfer Kleinbahnstrecke ereignet. Gegen 8 Uhr morgens fuhr der von Arenalfer kommende Zug auf einem bei dem Orte Kleinpolzau haltenden Zug, der nach Osterburg bestimmt war, auf. Infolge des Zusammenstoßes erlitten 16 Fahrgäste Verletzungen. Zwei der Verunglückten, der Stationswärter Wipke, der mehrere Kopfverwunden, und ein Soldat, der einen Armbruch davongetragen hatten, wurden nach dem Johanniterkrankenhaus in Stendal verbracht. Die übrigen 14 Personen waren mit leichten Quetschungen und durch umherfliegende Glassplitter verursachten Schnittwunden davon gekommen. Am Donnerstag abend stießen in einem Tunnel, etwa 200 Meter vom Bahnhof von Orsay in Frankreich ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. Mehrere Wagen wurden ineinander geschoben und verpörrten vollständig die Gleise. Drei Tote und sechs Verletzte, darunter ein Schwerverletzter, wurden aus den Trümmern gezogen. — Zu dem Eisenbahnunglück in Oberitalien, bei dem, wie wir gemeldet haben, 35 Personen getötet wurden, wird noch aus Chiasso gemeldet: Der Schnellzug Genoa—Mailand entgleiste Dienstag abend 9 1/2 Uhr bei der Station Arquata Scrivia. Die Lokomotive, der Gepäckwagen, Postwagen und mehrere Personenzüge wurden zerstört und drücker Klasse wurden gänzlich zerkleinert. 35 Personen sind tot und etwa 60 wurden zum Teil schwer verletzt. Unter den Toten befinden sich Enrico Rimini, Professor an der Universität Pavia, Margarete Bianchi di Lavagna aus Genoa, zwei Schweizerinnen Margarete Salenger und deren Mutter Sophie Ritter, ein Amerikaner namens Rene Hamond, ein Grieche Johannes Paparbergion und eine unbekannte Engländerin, welche große Summen in Geld und Säcken bei sich trug. Sechs Leichen konnten noch nicht rekonstruiert werden. Unter den Verwunden befinden sich ein Chinese Dyon le Tschan. Das Unglück scheint durch zu schnelle Fahrt in einer Kurve verursacht zu sein. Nach dem „Secolo“ ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß auch der schlechte Materialzustand der Eisenbahnstrecke die Mitschuld trägt.

Strafanzeige gegen eine Stadtverwaltung! Der Metzger Soppe in Ebersfeld hat bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen die dortige Stadtverwaltung erstattet, weil diese im Juni Speck, der aus in- und ausländischer Ware bestand, zum Preise von 6,40 Mk. an die Metzger und zu 7 Mk. an die Verbraucher verkauft hat. In der Anzeige heißt es, daß die Stadtgemeinde diesen Speck getrennt bezogen, aber dann miteinander das vermischen lassen. Dadurch seien gleichzeitig die beiden Kriegsverordnungen übertreten worden, wonach inländisches Fleisch nicht in demselben Raum verkauft werden darf wie ausländisches und der Höchstpreis für inländischen Speck nicht überschritten werden darf, wie es hier geschehen ist. Auf den Ausgang dieser Angelegenheit darf man mit Recht gespannt sein.

Massenschließung von Mühlen. Nicht weniger als 21 Mahlmühlen des hessen-nassauischen Kreises hinfällig sind wegen Verstoßes gegen die Mahlvorschriften behördlich geschlossen.

Strassenbahnunglück. Sonnabend vormittag stießen bei Rommes ein Arbeiterwagen der elektrischen Strassenbahn und ein Zug der elektrischen Bahn Frankfurt-Homburg zusammen. 35 Personen wurden verletzt, vier schwer verletzte Arbeiter kamen ins Krankenhaus.

600 Mann ertranken. Vor einiger Zeit kam das englische Dampfschiff „Dorro“ bei St. Catherine's Head mit dem Transportschiff „Manli“ in Kollision. Dieses sank und 600 Mann eines amerikanischen Arbeiterbataillons ertranken. In England schweift eine Untersuchung betreffs des Verhaltens des Kapitäns der „Dorro“, dem zum Vorwurf gemacht wird, daß er nicht genug getan habe, um die Schiffbrüchigen zu retten. Es herrschte Nebel und die „Dorro“ fuhr langsam. Zwei Stunden lang hörte man an Bord das Jammern der Schiffbrüchigen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Druck: Dr. Friedrich Meyer & Co. Gedruckt in Bielefeld.

nunmehr Minister für öffentliche Hilfeleistung geworden ist, hat sofort nach seinem Eintritt in die Regierung in scharfer Weise gegen Tschernom Stellung genommen. „Ich bin ein entschiedener Gegner des Gelegenheitsbesessenen Tschernom betr. Verbot aller Transaktionen mit Grundstücken“, äußerte Tschernom Petersburger Journalisten gegenüber. „Ich glaube, daß diese für die ganze Agrarreform grundlegende Frage nur von der konstituierenden Versammlung entschieden werden darf. Eine Vorentscheidung in dieser so überaus wichtigen Frage erachte ich für völlig unzulässig. In dieser Hinsicht bin ich vollkommen solidarisch mit meinen Parteigenossen und Ressortkollegen. Mein Gehilte Balg und ich sind der Ansicht, daß ein sofortiges Verbot des An- und Verkaufs von Land Bank und Mißverständnisse zur Folge haben würden.“ Tschernom betonte noch ausdrücklich, daß er die Witsch hätte, in einer der nächsten Ministerrats-Sitzungen in kategorischer Weise Tschernom entgegenzutreten. Daraufhin ist Tschernom zwar vom Justizministerium ins Ministerium für öffentliche Hilfeleistung übergeleitet, Satudnji an seine Stelle getreten und Tschernom wird im neuen Ministerium in Moskiew eine nicht unwesentliche Unterstützung finden. Zweifellos entspricht aber die Stellungnahme Tschernom Tschernom gegenüber dem Standpunkte der übrigen bürgerlichen Minister, und es erscheint denn fraglich, ob es den Sozialisten-Revolutionären möglich sein wird, das von ihnen vertretene Agrarprogramm und die zur Durchführung desselben erforderlichen vorbereitenden Schritte gegen die bürgerliche Mehrheit in der Koalitionsregierung mit Erfolg durchzuführen. Dies ist um so fraglicher, als in dem gleichen Maße, in dem die Macht des A- und S-Rates in der Abnahme begriffen ist, was leider zu einer unverkennbaren Tatsache geworden ist, der Einfluß der Kadetten auf die Regierung ebenso unverkennbar wächst.

Die Beibehaltung des Postens eines Kriegs- und Marine-Ministers durch Kerenski, die Berufung des Leutnants Lebedew zum Geschäftsführer des Marineministeriums beweist nur, daß es Kerenski trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, geeignete Männer zu finden, die unter den heutigen Verhältnissen diese verantwortungsvollen Ämter zu übernehmen gewillt wären. (Hat übrigens vielleicht der Telegraph Smatlow, den sehr kriegerisch veranlagten ehemaligen Leiter der Petersburger Witsch, in Samwow verstimmt?)

Ueber die anderen Männer des neuen Kabinetts ist nicht viel zu sagen. Der Geschäftsführer im Finanzministerium Bernacki ist Professor der politischen Oekonomie im Petersburger Technologischen Institut und im Polytechnikum und gilt als gründlicher Kenner des Finanzwesens. Der Minister für Handel und Industrie P. Olopotnik, ehemaliger Marxist, hat sich speziell mit der Arbeiter- und Genossenschaftsfrage eingehend beschäftigt und fand in den letzten Jahren dem politischen Leben fern. Der Akademiker Odenburg ist als Unterrichtsminister kein schlechter Erfolg für Professor Mamulow, der allgemein enttäuscht hat. Er ist ein ausgeglichener, durchaus fortschrittlich gesinnter Mann, von dem eine sprechliche Arbeit wohl erwartet werden kann. Welche Qualifikation der Menschewik Nikitin für das sehr reformbedürftige Telegraphen-Ressort aufbringt, wird erst die Zukunft lehren.

Alles in allem: eine Regierung, die wohl kaum jemand im Lande befriedigen wird. Sie bringt nicht die nötige Klärung der Verhältnisse, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite. Der Kampf um den Einfluß auf die Regierung zwischen der liberalen Bourgeoisie und der revolutionären Demokratie wird in gleicher Heftigkeit weitergehen wie bisher, aber soweit sich schon jetzt fest: der Einfluß des A- und S-Rates im Rahmen einer Koalitionsregierung hat allen gegenseitigen Versicherungen der Menschewik und Sozialisten-Revolutionären zum Trost eine heftige Schwächung erfahren. Ob der A- und S-Rat auch nach Zertritt Nikitins gewillt sein wird, die Militärdiktatur Kerenski zu beenden, werden wir wohl bald erfahren. Jedenfalls wird der A- und S-Rat die ihm zugesagte gänzliche Ausschaltung seines Einflusses auf die Regierung nicht dulden können und von ihr eine diesbezügliche unzweideutige Stellungnahme fordern müssen, die bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Regierung nicht zu erwarten ist. Eine neue Umbildung des Kabinetts wird daher höchst wahrscheinlich in Kürze sich als unvermeidlich erweisen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein anexionistischer Zentrumsabgeordneter.

Der Reichstagsabgeordneter Dr. Pfleger, einer der geängstigsten Patrioten, die seinerzeit beim bayerischen König vorstapften, hat sich in einer Versammlung in seinem Wahlkreis Weiden mit aller Schärfe gegen die Friedensbindung des Reichstags ausgesprochen. Er wandte sich ferner gegen die beabsichtigte Parlamentarisierung und erklärte, daß eine Parlamentarisierung im Sinne der Fortschrittler und Sozialisten unrettbar und unvermeidlich zum Scheitern führen und infolgedessen bekämpft werden müsse.

Auch ein Vergleich.

Graf Albrecht zu Stolberg-Berningerode tritt im „Tag“ für einen Machtfrieden ein. Dem Verständigungsfrieden stellt er folgenden ironischen Vergleich gegenüber:

„Auf welche Weise haben die Gewerkschaften ihren erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitgeber geführt? Nicht etwa mit Streifen, mit Drohungen, mit übertriebenen Forderungen, in denen sie das Vielfache von dem, was sie zu erreichen hofften, forderten, nein, mit allgemeiner Verständigung und mit nachgebenden, zum Frieden auffordernden Erklärungen sind sie zum Ziel gelangt, Frieden ohne Erreichung von Vorteilen, das war ihre Lösung in dem Kampfe. Nicht wahr?“

Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gewerkschaften in Vergleich zu Kellen mit dem blutigen Kollernringen, ist entschieden eine Leistung, die wenigstens den Reiz der Neuheit für sich hat.

Die Föhnung der Kriegsgefangenen.

Die in Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten und Unteroffiziere scheiden mit dem Ende des Monatsmittels, in das ihre Gefangennahme fällt, aus der Selbstversorgung aus, sie erhalten keine Föhnung mehr. Unter gewissen Voraussetzungen kann aber die Föhnung der Kriegsgefangenen an seine Angehörigen bezahlt werden. Dabei haben sich nun aber eine Reihe von Härten herausgestellt, die Abg. Stöcklen zum Gegenstand folgender im Reichstag eingebrachten Anfrage gemacht hat:

Kann den gegebenen Bestimmungen ist die Föhnung kriegsgefangener Soldaten und Unteroffiziere an die Angehörigen ganz oder teilweise zu zahlen:

- a. wenn Bedürftigkeit vorliegt, b. wenn Anforderungen für den Kriegsgefangenen zu machen sind.

In letzterem Falle verlangen einige Erziehungsinstitute ebenfalls den Nachweis der Bedürftigkeit der Angehörigen.

St. der Herr Reichskanzler bereit, dafür zu sorgen, daß diese Bestimmungen nach dem Erziehungsinstitut in nachgelagerter Weise ausgelegt werden und insbesondere im Falle b. vom Nachweis der Bedürftigkeit der Angehörigen abgesehen wird?